

Sozialdemokratischer Pressedienst

Herausgeber und Chefredakteur:
J. B. C. Geyer.
Fernsprecher: Amt Dänhoff 4196/4198



Anschrift für Verlag und Schriftleitung:
Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 8
Drahtanschrift: Gepadienst

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.
Der Abdruck ist nur auf Grund besonderer Genehmigung gestattet. Kündigung beiderseits 4 Wochen
vor dem Erscheinungstermin, wenn nicht anders vereinbart ist. Erfüllungsort für beide Teile ist Berlin.

Berlin, den 15. Juni 1932.

Lausanne.

Int. Institut
Soc. Geschiedenis
Amsterdam

SPD. Die Konferenz von Lausanne, die am Donnerstag eröffnet wird, hätte eigentlich schon im Januar als unmittelbare Folge des um Weihnachten veröffentlichten Gutachtens der Baseler Sachverständigen stattfinden sollen. Die Verfasser dieses Sachverständigenberichtes, in dem die trostlose finanzielle und wirtschaftliche Lage Deutschlands wahrheitsgemäss geschildert wurde hatten die Regierungen dringend aufgefordert, keine Zeit zu verlieren und unverzüglich zusammenzutreten, um eine Neuregelung des Reparationsproblems zu beschliessen. Doch zeigte sich die damalige französische Rechtsregierung unter Tardieu noch sehr unzugänglich, vor allem wollte sie auf keinen Fall auf den ungeschützten Teil der im Youngplan vorgesehenen Zahlungen endgültig verzichten, auch dann nicht, wenn die Vereinigten Staaten einen entsprechenden Schuldennachlass gewährt hätten. Da aber zur selben Zeit die Washingtoner Regierung jeden Schuldennachlass kategorisch ablehnte, und da andererseits der Reichskanzler Brüning sich auf die Forderung einer unverzüglichen endgültigen Lösung festgelegt hatte, wäre ein Zusammentritt der Lausanner Konferenz gänzlich zwecklos gewesen. Man wäre nur einem sicheren Misserfolg entgegengegangen und einer Verschärfung der Spannung in den Beziehungen zwischen den europäischen Mächten.

Der Entschluss, die Lausanner Konferenz bis zum Juni, also bis nach den französischen Wahlen zu vertagen, hat sich als weise erwiesen. Wenn die Aussichten der Konferenz am Vorabend ihres Zusammentritts und vor allem auf Grund der Pariser Vorbesprechungen zwischen den Ministerpräsidenten Englands und Frankreichs allgemein günstiger beurteilt werden als noch vor wenigen Wochen, so ist dies in erster Linie eine Folge des Kurswechsels in Frankreich. Die grundsätzliche englisch-französische Einigung, die im Januar unter Tardieu gescheitert war, ist unter Herriot erzielt worden, nicht zuletzt deshalb, weil das neue französische Kabinett in dieser Frage der Aussenpolitik stark unter dem Einfluss der Sozialistischen Partei steht. Der wesentliche Fortschritt besteht darin, dass Frankreich nunmehr grundsätzlich bereit ist, einer völligen Abschaffung des Youngplanes, einschliesslich der bisher für heilig gehaltenen ungeschützten Zahlungen Deutschlands, zuzustimmen, wenn Amerika auf seine Forderungen an Frankreich verzichtet. Es ist auch bereit, eine gemeinsame Anstrengung mit England zu machen, um Amerika zu einem solchen Verzicht nach den Präsidentenwahlen im Herbst zu bewegen. Da jedoch die Vereinigten Staaten bisher immer zum Ausdruck gebracht haben, dass jedes Entgegenkommen ihrerseits einmal eine grundsätzliche Einigung zwischen den europäischen Staaten und ferner einen wesentlichen Fortschritt in der Abrüstungsfrage voraussetzt, bemühen sich die englischen und französischen Staatsmänner, die ins Stocken geratene Genfer Abrüstungskonferenz wieder in Schwung zu bringen. Deshalb wird das Abrüstungsproblem, obwohl es nicht offiziell auf der Tagesordnung von Lausanne steht, in den dortigen Besprechungen eine

hervorragende Rolle spielen.

Während der Umschwung in Frankreich die Lage verbessert hat, kann man das gleiche von dem Kurswechsel in Deutschland nicht gerade behaupten. Die übrigen Völker stehen dem jetzt regierenden deutschen Nationalismus mit unverhohlenen Misstrauen gegenüber. Die Verhandlungspartner wissen, dass das Kabinett Papen-Schleicher nur eine Übergangsregierung darstellt. Entweder wird nach den Wahlen Hitler offiziell regieren oder das deutsche Volk wird dafür sorgen, dass das Kabinett der Nazi-Barone wieder verschwindet. Mag sich der neue Reichskanzler noch so sehr darauf berufen, dass in den aussenpolitischen Fragen die deutsche öffentliche Meinung im wesentlichen die gleichen Ziele verfolgt, was übrigens nur sehr bedingt richtig ist, es fehlt ihm jede Autorität um das deutsche Volk auf einer so wichtigen Konferenz zu vertreten. Das wissen unsere Verhandlungspartner, und es ist daher zu befürchten, dass sie diese innere Schwäche der deutschen Delegation auszunutzen versuchen werden.

Es ist jedenfalls auffallend, dass die neuen Männer, die nach innen so selbstbewusst und brutal auftreten, am Vorabend von Lausanne ausssenpolitisch so überaus vorsichtig gewesen sind. Auch die hinter ihnen stehende Rechtsregierung ist auf Moll gestimmt und vermeidet jede Festlegung auf Forderungen, die sie wäre Brüning noch am Ruder, als Mindestergebnis der Konferenz formuliert haben würde. Es zeigt sich wieder einmal, dass, je reaktionärer eine Regierung gegen das eigene Volk auftritt, desto konzilianter gegenüber dem Ausland. Das beweist aber zugleich die abgrundtiefe Unwahrhaftigkeit der ganzen nationalistischen Agitation in den vergangenen Jahren.

Innerpolitisch sind die neuen Männer die Gefangenen Hitlers, dessen Befehle sie gehorsam ausführen. Aussenpolitisch sind sie viel vorsichtiger als irgendeine Regierung unter dem früheren "System". Herr Gregor Strasser mag im Rundfunk deklamieren, dass die Nationalsozialisten den Widerruf der Kriegsschuldfrage, die deutsche Wehrfreiheit, die Abschaffung des Youngplanes und des Versailler Vertrages fordern, - das alles ist nur für die kleine Galerie. Die von ihnen in den Sattel gehobene Regierung der Barone denkt nicht daran, auf der Lausanner Konferenz alle diese schönen Forderungen auch nur andeutungsweise zu erheben. Man bereitet sich vor, sich mit einem neuen Provisorium zu begnügen, das man, wäre Brüning noch Reichskanzler, als Verrat und Verbrechen gebrandmarkt hätte. Von der Kriegsschuldfrage werden die "nationalen" Männer natürlich erst recht nicht reden und sie werden sich auch schwer hüten, allzu weitgehende Abrüstungsforderungen anzumelden, weil sie wissen, dass gerade sie nicht die geringste Chance haben, damit durchzukommen.

Wir werden den Verlauf und das Ergebnis der Lausanner Konferenz sachlich beurteilen und das, was dort erreicht wird, nach seinem wirklichen Wert prüfen. Aber wir werden es uns nicht nehmen lassen, das deutsche Volk darüber aufzuklären, wie es von den Nationalisten jahrelang demagogisch aufgeputscht wurde, und dann, wenn endlich die Herren des neuen "Systems" am Ruder sind, sich mit den gleichen Ergebnissen zu begnügen, die ihre Vorgänger erreicht hätten - oder gar mit weniger!

SPD. Die Sozialdemokratische Fraktion hat im Preussischen Landtag den folgenden Urantrag eingebracht :

"Am 25. Mai 1932 veröffentlichte der "Abend", Spätausgabe des "Vorwärts" unter der Überschrift "Pani Nazi in Preussen" folgende Namen, die den nationalsozialistischen Kandidatenlisten zu den preussischen Landtagswahlen vom 24. April 1932 entnommen waren: Adamczyk, Adameck, Czarnowski, Cziruck, Gregorzok, Jobski, Kilinski, Krawielitzki, Krzizek, Krzizok, Kalisch, Mogunia, Opalka, Paltinat, Polack, Pottack, Potesta, Quella, Rebitzki, Respondek, Rohra, Rogansch, Russek, Satzki, Slawik, Soika, Sossna, Trzeciak, Wockatz, Woyrsch.

Hierzu erliess die Reichsleitung der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei folgende Erklärung (abgedruckt im "Angriff" vom 10.6.1932):
"Es ist unwahr, dass das veröffentlichte Namenverzeichnis der Kandidatenliste der NSDAP zum Preussischen Landtag entnommen ist.

Wahr ist, dass die Namen Adameck, Czarnowski, Cziruick, Gregorz, Jobski, Kilinski, Krzizek, Krzirok, Kalisch, Mogunia, Opalka, Paltinat, Polack, Pottack, Potesta, Quella, Rebitzki, Respondek, Robra, Rogansch, Russek, Satzki, Soika, Sossna, Wokat in keiner Liste der NSDAP stehen und Träger dieser Namen von der NSDAP zum Preussischen Landtag nicht aufgestellt sind."

Demgegenüber ist festzustellen, dass auf Drucksache Nr.1 des Preussischen Landtags Seite 43, im amtlichen Verzeichnis der Mitglieder des Preussischen Landtags folgende Mitglieder der Fraktion der NSDAP verzeichnet sind: Adamzi, Czirniok, Kulisch, Magunia, Opalka, Paltinat.

Ferner ist aus den veröffentlichten amtlichen Kandidatenlisten zur Preussischen Wahl zu ersehen, dass von der NSDAP folgende Kandidaten aufgestellt waren, die, soweit nicht bereits gewählt, bei Fortfall von Vordermännern in den Landtag nachrücken können: Adamek (Wahlkreis 18, 25.Stelle), Czarnowski (Wk.11, 7.Stl.), Czirniok (Wk.6, 2.Stl.), Gregoczek (Wk.9, 16.Stl.), Jobski (Wk.6, 14.Stl.), Kilinski (Wk.20, 10.Stl.), Krzizok (Wk.2, 27.Stl.), Kulisch (Wk.7, 5.Stl.), Magunia (Wk.1, 2.Stl.), Opalka (Wk.1, 4.Stl.), Paltinat (Wk.1, 10.Stl.), Polack (Wk.5, 17.Stl.), Pottag (Wk.8, 15.Stl.), Potesta (Wk.16, 20.Stl.), Quella (Wk.22, 9.Stl.), Rebitzki (Wk.7, 17.Stl.), Respondek (Wk.5, 24.Stl.), Robra (Wk.11, 16.Stl.), Rogausch (Wk.6, 20.Stl.), Russek (Wk.9, 8.Stl.), Satzki (Wk.9, 22.Stl.), Soika (Wk.9, 25.Stl.), Sossna (Wk.9, 12.Stl.), Wokat (Wk.8, 11.Stl.).

Die amtlichen Kandidatenlisten sowie das amtliche Mitgliederverzeichnis des Landtags stehen also in unlöslichem Widerspruch zu der Erklärung der Reichsleitung der NSDAP, wonach Träger dieser Namen von der NSDAP niemals als Kandidaten zum Preussischen Landtag aufgestellt worden sind: Wir beantragen deshalb: Der Landtag wolle beschliessen:

Das Staatsministerium wird beauftragt, umgehend festzustellen, auf welche Weise die Träger der vorbezeichneten Namen auf die Kandidatenlisten der NSDAP gelangt sind, insbesondere auch, ob bei der Aufstellung der Kandidatenlisten irgendeine Fälschung oder Verfälschung von Namen stattgefunden hat."

SPD. Der Erlass der neuen Notverordnung wirft die Frage auf, ob der nach Artikel 35 der Reichsverfassung auch über die Auflösung des Reichstags hinaus bestehende Ausschuss zur Wahrung der Rechte der Volksvertretung (Ueberwachungsausschuss) berechtigt ist, auf Grund des Artikels 48 erlassene Notverordnungen aufzuheben. Mit dieser Frage hat sich der Ueberwachungsausschuss bereits am 6. August 1930 beschäftigt. Die Mehrheit des Ausschusses hat damals einen Antrag Dr. Bell, Dr. Scholz, Dr. von Kaudell, Meyer-Berlin, Drewitz, Emminger angenommen: "Der Ausschuss erklärt sich zur Behandlung der eingebrachten Anträge, die Notverordnung des Herrn Reichspräsidenten aufzuheben oder für verfassungswidrig zu erklären, für unzuständig."

Dieser Antrag wurde gegen die Stimmen der Sozialdemokraten angenommen. Sie hatten einen Beschluss des Ausschusses verlangt, dass die Notverordnung der Reichsverfassung widerspricht. Allerdings wurde dabei anerkannt, dass dem Ausschuss nach der Reichsverfassung nicht die Befugnis zusteht, die Aufhebung der Verordnungen zu erzwingen, da er lediglich zur Wahrung der Rechte des Reichstags, nicht aber zur Kontrolle der Reichsregierung eingesetzt sei.

Wenn also auch der Ueberwachungsausschuss nicht in der Lage ist, die Plenarversammlung des Reichstags zu vertreten und am ihrer Stelle die Notverordnungen aufzuheben, so erscheint es doch immerhin zulässig, dass der Ausschuss sich mit der Notverordnung beschäftigt. Ein Antrag auf Einberufung

des Ueberwachungsausschusses ist von den Kommunisten gestellt worden. Vorsitzender des Ausschusses ist der nationalsozialistische Abgeordnete Strasser. Die Geschäftsordnung des Reichstags sieht keine Bestimmungen vor, unter welchen Voraussetzungen auch eine Minderheit die Einberufung des Ausschusses verlangen kann. Für die Einberufung des Ältestenrats genügt schon das Verlangen von drei Mitgliedern. Diese Bestimmung gilt sinngemäss auch für andere Ausschüsse. Herr Strasser wird also Farbe bekennen müssen, ob die Nationalsozialisten sich schützend vor Herrn Papen und seine Notverordnung stellen wollen.

SPD. Der "Angriff", das Berliner Organ der Nationalsozialisten, hat gegenüber den Notverordnungen der Regierung Brüning die fettesten Schlagzeilen gebraucht. "Brünings Sozialraub" - so hiess es damals! Als vor einigen Tagen die Pläne der Sozialreaktion durchzusickern begannen, hiess es im "Angriff" in fetter Balkenüberschrift: "Sanierung der Sozialversicherung". Und wie heisst es heute über die Notverordnungen des Kabinetts der Barone? Da gibt es keine Schlagzeile, nichts von Sozialraub, nichts von Protesten; denn das Berliner Organ der Nationalsozialisten vom 15. Juni 1932 hat den Inhalt der Notverordnung des Kabinetts der Barone seinen Lesern glatt unterschlagen! Nicht ein einziges Wort über den Inhalt dieser Notverordnung! Die SA-Proleten dürfen nicht erfahren, wie ihre Erwerbslosen-Unterstützung abgebaut wird, die Mittelständler nicht, welche schweren Lasten das Kabinett der Barone mit Unterstützung der Nationalsozialisten ihnen auferlegte!

Versteckt auf der zweiten Seite des Blattes ohne sichtbaren Hinweis auf die Notverordnung findet man eine kurze Betrachtung unter der Ueberschrift: "Was wir dazu sagen". Was sie dazu sagen, ist, dass sie nach wie vor eine abwartende Haltung gegenüber dem Kabinett der Barone einnehmen und dass sie keinen Anlass sehen, diese Haltung zu ändern. Das ist das Geständnis der Tolerierung dieser Hungerverordnung! Darüber hinaus wird in Aussicht gestellt, dass das Verhältnis der Nationalsozialisten zum Kabinett der Barone noch intimer werden könne, wenn das Kabinett den Wünschen der Nationalsozialisten willfährig sei!

Das Berliner Organ der Nationalsozialisten hat damit auf das Deutlichste den ungeheuren Volksbetrug der Nationalsozialisten entlarvt. Sie tragen die Verantwortung für diese Hungerverordnung und sie werden dafür zur Rechenschaft gezogen werden!

SPD. Der Berliner nationalsozialistische "Angriff" verbreitet in seiner Nummer 124 vom 15. Juni 1932 eine schamlose Lüge gegen den Vorsitzenden der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, den Genossen Otto Wels. Der "Angriff" schreibt :

"Es liegt uns in diesem Zusammenhang ferner beispielsweise eine Äusserung des Vorsitzenden der SPD, Genossen Wels, vor, die dieser am vergangenen Sonnabend in vertrautem Kreise machte. Hierbei rühmte sich Wels einem Prof. Z. und einem Direktor M. gegenüber ganz unmissverständlich, dass die SPD die Absicht habe, nach Aufhebung des SA-Verbotes schwere Schlägereien und Ueberfälle zu provozieren. In deren Verlauf werde die preussische Polizei eine Reihe nationalsozialistischer Führer festsetzen und mit der politischen Unterstützung des süddeutschen Zentrums den Versuch machen die Dinge so weit zu treiben, dass fürs erste die Reichstagswahl verhindert bzw. hinausgeschoben würde."

Wir sind ermächtigt, auf das kategorischste zu erklären, dass diese Mitteilung des "Angriff" von A bis Z aus den Fingern gezogen ist. Sie ist nicht nur frech erlogen, sondern auch dumm! Die Sozialdemokratische Partei hat

nicht den mindesten Anlass, die Gelegenheit zur Abrechnung mit dem Kabinett der Barone und den hinter ihnen stehenden Nationalsozialisten in der Reichstagswahl zu scheuen. Die Sozialdemokratische Partei hat nicht das mindeste Interesse daran, durch eine Hinausschiebung der Reichstagswahlen diesem stock reaktionären Kabinett von Hitlers Gnaden die Möglichkeit zu längerem Leben und zu diktatorischer Machtausübung zu verschaffen. Vor allem aber: die Sozialdemokratische Partei denkt nicht daran, die Gelegenheit zur Abrechnung mit den Nationalsozialisten in der Reichstagswahl sich entgehen zu lassen, nachdem die Hungernotverordnung dem Volke gezeigt hat, in welches Elend es mit Hilfe der Nationalsozialistengeführt werden soll. Den nationalsozialistischen Heuchlern und Volksbetrügnern wird die Maske vom Gesicht gerissen werden!

Die dreiste Lüge des "Angriff" erweckt eher den Verdacht, dass die Nationalsozialisten angesichts des katastrophalen Eindrucks der von ihnen zu verantwortenden Notverordnung dasselbe planen, was sie der Sozialdemokratie unterstellen und dass sie sich dafür durch Lügen ein Alibi zu verschaffen suchen.

SPD. Der Reichspräsident hat am Mittwoch die sogenannte politische Notverordnung, die die Aufhebung des SA-Verbotes enthält, unterzeichnet. Es lässt sich voraussehen, dass es über dieser Notverordnung noch zu ernsteren Konflikten mit den Ländern kommen wird, die, wie Bayern, am Uniformverbot festhalten.

Die Notverordnung soll am Freitag, den 17. Juni in Kraft treten. Von diesem Zeitpunkt ab wird also die Bürgerkriegsarmee des Herrn Hitler, die SA und die SS, ihre neuen Uniformen spazieren führen. Zwischen diesen neuen Uniformen und der Hungerverordnung gegen das Volk besteht ein enger Zusammenhang. Die Aufhebung des SA-Verbots ist der Preis, der den Nationalsozialisten für die Tolerierung des Kabinetts der Barone gezahlt wird. Der Anblick jedes uniformierten Hitlermannes wird in jedem, der von der Notverordnung betroffen ist, die Erinnerung daran wecken, dass diese Leute verantwortlich sind für die Hungernotverordnung! Wenn die Bürgerkriegsarmee des Herrn Hitler sich in ihren neuen Notverordnungs-Jacken auf den Strassen spreizt, so wird jeder wissen: Wenn die SA marschiert, muss das Volk bezahlen!

SPD. Pressegesindel, vom Schlage der "Niedersächsischen Tageszeitung", dem offiziellen nationalsozialistischen Kampfblatte Hannovers, bringt sensationell aufgemachte Meldungen unter der Ueberschrift: "Otto Braun geflüchtet, 100 Millionen und eine Krankheit". In dem Artikel wird behauptet, dass Braun ganz plötzlich so krank geworden sei, dass er sich für einen längeren Urlaub nach Askona, also ins Ausland, zurückziehe und dass diese Krankheit erst dann ausgebrochen sei, als man sah, dass die 100 Millionen des Reiches zur Flickung der durch marxistische Misswirtschaft entstandenen Löcher im Staatssäckel nicht eingehen. Wir übergehen die anderen Beschimpfungen dieses Artikels, um auf Grund von Mitteilungen von unterrichteter Seite folgendes festzustellen:

Otto Braun befindet sich nicht in Askona, sondern in Berlin. Er hat bereits im engeren Kreise wochenlang vor der Wahl erklärt, dass er nach den Landtagswahlen, gleichgültig, welchen Ausgang sie nehmen würden, sich für eine längere Zeit von den Dienstgeschäften beurlauben müsse, weil sein Gesundheitszustand ausserordentlich geschwächt sei. Er hat sich in der Tat von den Folgen einer sehr schweren Grippe, die kurze Zeit vor den Wahlen zu einem regelrechten Collaps geführt hatten, nicht erholen können und erlitt noch in den letzten Tagen der Wahlbewegung, für die er sich als Redner unter den grössten körperlichen Schwierigkeiten zur Verfügung gestellt hatte, dazu noch eine sehr schmerzhafte Gallenkolik. Braun wird noch einige Wochen äusserster Scho-

nung bedürfen, ehe er soweit ist, um in einem deutschen Heilbade eine regelrechte und schwere Badekur antreten zu können. Erst nach deren Verlauf und einer etwa erforderlich werdenden Nachkur wird ärztlicherseits zu übersehen sein, wann Braun sich wieder körperlich so gekräftigt hat, dass er in dieser oder jener Form in die aktive Politik zurückkehren wird. Seine Verbundenheit mit der Politik wird er, wie wir hören, schon jetzt dadurch bezeugen, dass er das an ihn ergangene Angebot, wiederum die Spitzenkandidatur in Ostpreussen zu übernehmen, annehmen wird.

Mit den 100 Millionen Defizit hat die Krankheit natürlich nichts zu tun, weil sie eben schon seit Monaten in latenter Form bestanden hat. Es ist bekannt, dass die Schwierigkeiten, in die die preussische Staatsregierung gegangen ist, nicht eine Folge marxistischer Misswirtschaft, sondern eine einfache ökonomische Folge der Rückgänge der Reichssteuerüberweisungen sind. Das einzusehen, dazu reicht allerdings weder der ökonomisch-politische Verstand noch der Anstand der nationalsozialistischen Presse aus. Otto Braun wird eher wieder in die aktive Politik zurückkehren als es den Nationalsozialisten lieb sein wird! Dafür bürgt jedem, der ihn kennt, seine in 40 jähriger Tätigkeit erprobte Treue zur Partei und sein politisches Verantwortlichkeitsgefühl.

SPD. Weimar, 15. Juni (Eig. Drahtb.)

Der Vorsitzende des thüringischen Staatsministeriums, Staatsminister Baum, der auch gleichzeitig Vorsitzender des thüringischen Landbundes und der Landvolkpartei ist, berichtete heute im Haushaltsausschuss des thüringischen Landtages über die Besprechung der Ministerpräsidenten der Länder mit der Reichsregierung Papen-Schleicher. Minister Baum erklärte, dass er nach Berlin gefahren sei in der Erwartung, dass die neue Reichsregierung nun auch, wie immer versprochen worden sei, tatsächlich etwas Neues bringen werde, d.h. nach anderen Grundsätzen ihre Politik betreiben werde wie bisher. Stattdessen habe sie aber wieder den Weg der Notverordnungen beschritten, obwohl es vorher immer geheissen habe, dass mit dem bisherigen System der Notverordnungs- politik und der Steuererhöhungen Schluss gemacht werden müsse. Es scheine so, als ob verschiedene Parteien, die sich früher sehr scharf gegen das System der Notverordnungen und der Steuererhöhungen ausgesprochen haben, ihren Widerstand aufgegeben und sich nunmehr mit dem früheren System einverstanden erklärt hätten. Die Aeusserungen, die Staatsminister Baum gegen das jetzige System der Regierung Papen-Schleicher und gegen verschiedene Parteien machte, die gegen das frühere System mit aller Schärfe angekämpft haben und nunmehr mit diesem System einverstanden sind, wurden mit allgemeiner Heiterkeit im Ausschuss aufgenommen.

Staatsminister Baum verwies dann noch auf die Härten, die die neuen Steuern mit sich bringen; besonders durch die Beseitigung der Freigrenze bei der Umsatzsteuer würden die kleinen Handwerker, Geschäftsleute und kleinen Landwirte schwer belastet. Bezüglich der Kürzung der Unterstützungssätze für die Erwerbslosen habe er in Berlin mit aller Deutlichkeit darauf hingewiesen, dass solche Kürzungen vor kurzem in Thüringen zu Aufständen geführt haben und dass solche Massnahmen für Thüringen zu den schlimmsten Befürchtungen Anlass geben. Dabei habe er besonders auf die schwierige Lage hingewiesen, in der sich infolge der grossen Erwerbslosigkeit die thüringischen Kreise und Gemeinden befinden. Die neue Notverordnung der Reichsregierung bringe für Thüringen nicht die erforderliche Hilfe.

SPD. Der neue Reichsarbeitsminister Schäffer hatte die Spitzenverbände der Gewerkschaften aller Richtungen zu einer Besprechung am 15. Juni eingeladen. Ausser dem Minister wohnten Staatssekretär Grieser sowie die Ministerialdirektoren Sitzler und Weigert der Sitzung bei. Der Reichsarbeitsminister betonte einleitend sein Bedürfnis zur sofortigen und dauernden Fühlungnahme mit den Gewerkschaften. Er könne heute noch kein in die Einzelheiten gehendes Programm vorlegen, möchte jedoch die Wünsche der Gewerkschaften entgegennehmen. Er stellte sich grundsätzlich auf den Boden des geltenden Arbeitsrechtes, das die Anerkennung der Gewerkschaften und deren gleichberechtigte Mitwirkung in sich schliesst. Das Tarifrecht und das Schlichtungswesen sollen erhalten bleiben, doch müsse der Staat die Lohnregelung mehr als bisher den beteiligten Arbeitgebern und Arbeitnehmern überlassen; die staatliche Zwangsregelung der Löhne und Gehälter könne nur in Ausnahmefällen erfolgen. Die soziale Lage der Arbeiter und Angestellten solle erhalten werden, doch seien die Grenzen durch die allgemeine Wirtschaftslage eng gezogen. Er halte einen nochmaligen Lohnabbau nicht für tragbar, und es müsse bei Meinungsverschiedenheiten geprüft werden, ob durch weitere Opfer der Lohn- und Gehaltsempfänger die Vermehrung der Arbeitslosigkeit verhindert werden könne. Die Verkürzung der Arbeitszeit solle durch paritätische Kommissionen bezirklich behandelt werden. Um die Arbeitslosenunterstützung sicher zu stellen, sei die Kürzung der Sätze notwendig geworden. Der Grundsatz der Versicherung sei erhalten geblieben. (Widerspruch) Der freiwillige Arbeitsdienst für die Jugendlichen soll ausgebaut werden. Zur Sanierung der Invalidenversicherung sei die Kürzung der Renten notwendig geworden. An der Deckung des Fehlbetrags in der Knappschafft habe sich das Reich trotz seiner Finanzschwierigkeiten beteiligt. Der Minister bespricht dann die Kürzung in der Angestellten- und Unfallversicherung und die Gesamthaftung aller Versicherungsträger, wie sie in der Notverordnung vorgesehen ist. Die Gerüchte über eine Zerschlagung des Reichsarbeitsministeriums seien unbegründet.

Leipart (ADGB) führt aus, dass die Sozialpolitik im Augenblick notwendiger denn je geworden sei. Die Erklärung des Reichskabinetts, dass der Staat keine Wohlfahrtsanstalt sein dürfe, werde als eine Herausforderung der Arbeiter und Angestellten empfunden. Das Versicherungsprinzip sei durch die Notverordnung aufs schwerste erschüttert worden. Diese Notverordnung habe mit sozialer Gerechtigkeit nicht mehr das Mindeste zu tun. L. fragt, ob etwa bei den Andeutungen weiteren Lohnabbaues die gedrückten Löhne der Bauarbeiter noch weiter gesenkt werden sollen? Die Einrichtung paritätischer Kommissionen zur Herbeiführung der Vierzigstundenwoche könne kaum ernst genommen werden. Nur die generelle gesetzliche Einführung der Vierzigstundenwoche kann die Möglichkeit von Neueinstellungen eröffnen. Der Ernst der Lage werde auch von den Gewerkschaften durchaus gesehen. Die in der Notverordnung enthaltenen Massnahmen müssten jedoch die Lage noch weiter verschlimmern; die freien Gewerkschaften lehnten jede Verantwortung für die Folgen ab, die sich aus dieser Notverordnung ergeben müssen.

Hegerwald (Christl. Gewerksch.): Die Notverordnung sei eine einseitige Benachteiligung der Arbeitnehmer. Er vermisst konkrete Pläne des RAM für die Lohnpolitik. Die ausnahmsweise Anwendung der Verbindlichkeitserklärung lasse befürchten, dass die neue Regierung nur dann eingreifen werde, wenn es im Interesse der Unternehmer liegt.

Aufhäuser (AFA-Bund) erklärt, dass die Anerkennung der Gewerkschaften nicht darin bestehen könne, sie nach dem Erlass solch unerhörter Notverordnungen nachträglich zu hören. Der Sozialabbau in der neuen Notverordnung hat alle Grenzen des Erträglichen überschritten und ist ein einziger Angriff auf die Kaufkraft der Arbeiter und Angestellten. Bei der dauernden Nivellierung der Arbeitslosenunterstützungssätze seien die heutigen hohen Beiträge nicht mehr zu halten. Wir werden den kollektiven Willen der Mitgliedschaften wecken, um diese neue Notverordnung zu beseitigen. Der soziale und Lohnabbau

muss zur weiteren Verschärfung der Krise führen; zur Erhaltung der Sozialpolitik gibt es nur einen Ausweg: nämlich dass der Staat Einfluss und Führung und Verfügungsgewalt über die Wirtschaft gewinnt.

Lemmer (Gewerkschaftsring) weist darauf hin, dass die Mitteilungen über die Zerschlagung des Reichsarbeitsministeriums auf amtliche Pressekonferenzen zurückzuführen sind. Es sei besonders misslich, dass die Arbeitsbeschaffung, für die die Regierung Brüning bereits eine Vorlage vorbereitet hatte, in der neuen Notverordnung völlig vernachlässigt wird. Die Regierung sollte beachten, dass die Arbeiter- und Angestelltengewerkschaften aller Richtungen in der Verurteilung des neuen Kurses und der Ablehnung der Notverordnung völlig einmütig seien.

Eggert (ADGB): Die Einschränkung des staatlichen Schlichtungswesens und der dadurch zu erwartende Lohnabbau lägen keineswegs im Gemeinwohl, sondern bedeuten Stärkung der Unternehmerwillkür. Der Staat müsse, ob er wolle oder nicht, in die Wirtschaft eingreifen, zur Lenkung des Kreditstroms nach volkswirtschaftlichen Gesichtspunkten, zur Kontrolle der Kartelle und zur planmäßigen Gestaltung der Produktion übergehen. Es käme alles darauf an, durch Arbeitsbeschaffung die 6 Millionen Erwerbslose wieder einzuschalten. In den durch die Notverordnung heraufbeschworenen Kämpfen werden die Gewerkschaften dabei sein.

Meister (Christl. Gewerksch.): Das Wort von der Wohlfahrtsanstalt habe geradezu aufreizend gewirkt, und es sei bedenklich, dass sich die Regierungserklärung gegen den Kollektivismus wendet. Die Uebertragung der Siedlungsfragen vom Reichsarbeits- auf das Ernährungsministerium zeigt die siedlungsfeindliche Tendenz.

Rössiger (Gewerkschaftsring): Die Einschränkung der Verbindlichkeitserklärung wird vor allem die Angestellten sehr hart treffen.

Frl. Meining (Christl. Gewerksch.): Die Reichsregierung nehme den Angestellten und Arbeitern in dieser Notverordnung ihre wohlverordneten Versicherungsleistungen, treibe sie also geradezu in die Arme der öffentlichen Wohlfahrt, um gleichzeitig in der Regierungserklärung von der Wohlfahrtsanstalt zu reden.

Der Minister verwies gegenüber der geübten Kritik auf die ungünstige wirtschaftliche Lage; die Notverordnung sei daraus zu erklären, dass keine anderen finanziellen Möglichkeiten zur Sanierung gegeben wären. Das Wort von der Wohlfahrtsanstalt müsse so aufgefasst werden, dass die Regierung den Willen zur Selbstverantwortung wecken wolle. Der Reichsarbeitsminister wiederholte nochmals, dass sich an dem Zusammenwirken mit den Gewerkschaften nichts ändern solle. Ohne die sozialen Einrichtungen Deutschlands und ohne die Gewerkschaften wäre auch die wirtschaftliche Entwicklung des Aufstiegs inden zurückliegenden Jahren nicht denkbar gewesen. Mit dem Appell, die Gesamtinteressen Deutschlands über alles Andere zu stellen, schloss der Minister die Besprechung.

SPD. Hamburg, 15. Juni (Eig. Drahtb.)

Ein geradezu ungeheuerliches Urteil ist vom Hamburgischen Schöffengericht gegen den verantwortlichen Schriftleiter des "Hamburger Echo" Johannes Richter gefällt worden. Richter wurde wegen Verstosses gegen § 186 StGB (üble Nachrede) zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt. Die üble Nachrede wird erblickt in einem Gerichtsbericht vom 11. Dezember 1931 unter der Ueberschrift: "Bei den Nazis wird alles entschuldigt".

Der Prozess, der in Hamburg grosses Aufsehen erregt, hat folgende Vorgeschichte: Am 10. Dezember vorigen Jahres, zwei Tage nach Erlass der Notverordnungen mit den verschärften Bestimmungen gegen die Uebertretung des Uniformverbots und gegen das Tragen von Schuss-, Hieb- und Stichwaffen hatten sich zwei wegen Körperverletzung bzw. verbotenen Waffenbesitzes bereits vor-

bestrafte Nazis vor dem Schnellrichter von Bergen wegen Uebertretung des Uniformverbots und der Waffenvorschriften zu verantworten. Vier Polizeibeamte bekundeten als Zeugen, dass die beiden Nazis sich laut und heftig mit Kommunisten angelegt hatten, vor das Gebäude der kommunistischen "Volkszeitung" gezogen waren, dort wiederum gelärmt hatten und auch der Aufforderung, weiter zugehen, nicht nachgekommen waren. Als man sie näher untersuchte, fand man bei dem einen einen Totschläger, den der Nazi angeblich den Kommunisten abgenommen hatte, um ihn zum Parteihaus oder zu einer Polizeiwache zu bringen. Dass der Weg dahin ihn ausgerechnet vor das Gebäude der "Volkszeitung" führte und dort zum Krachschlagen veranlasste, gehört anscheinend mit zu den notwendigen Pflichten eines Nazimannes. Der Staatsanwalt beantragte gegen die beiden Nationalsozialisten einen Monat bzw. 3½ Monate Gefängnis. Der Schnellrichter von Bergen erkannte (trotz der verschärften Bestimmungen der Notverordnung) auf nur 30 bzw. 60 Mark Geldstrafe. Die Milde des Schnellrichters ist auffallend. Noch auffallender ist, dass in zwei anderen Verhandlungen, die am gleichen Tage vor demselben Richter stattfanden, von einer solchen Milde nichts zu spüren war. Ein jugendlicher Arbeiter, der auf einem Vergnügungsplatz mit einem Schlagring betroffen worden war, erhielt wegen verbotenen Waffenbesitzes eine Woche Gefängnis, und ein Kommunist, bei dem man ein Päckchen gummierter Zettel gefunden hatte mit dem Aufdruck: "Erwerbslose, kämpft für die Winterhilfe!" erhielt von dem Schnellrichter von Bergen zwei Wochen Gefängnis zudiktiert, weil - die Zettel nicht ordnungsgemäss der Behörde zur Kenntnisnahme vorgelegt worden waren!

Ueber diese drei Fälle berichtete das "Hamburger Echo" unter der Ueberschrift: "Bei den Nazis wird alles entschuldigt. Ein Schnellrichter, der für das Nazitreiben Verständnis hat". Weiter wurde in dem im übrigen rein referierenden Gerichtsbericht einleitend bemerkt: "Je strenger und schärfer die Notverordnungen lauten, um die Ausbreitung des politischen Rowdytums zu verhindern, desto milder scheinen sie von den Gerichten ausgelegt zu werden, wenn es sich um - Nazis handelt."

Das war alles! Kein Wort weiter, aus dem irgendwie ein ehrenrühriger Angriff gegen den Richter oder die Justiz oder gar eine Verunglimpfung entnommen werden könnte. Und wegen dieser nach Form und Inhalt ausserordentlich zurückhaltenden Kritik wurde auf Antrag des demokratischen Amtsgerichtspräsidenten und Vorsitzenden des Hamburgischen Richtervereins Blunck von der Staatsanwaltschaft Offizialklage erhoben und im Stile früherer Majestätsbeleidigungsprozesse aus der bescheidenen Kritik eine üble Nachrede und Verächtlichmachung des Schnellrichters von Bergen konstruiert, dem man Rechtsbeugung vorgeworfen habe! Und das Unglaubliche wurde Ereignis. Unter dem Vorsitz des Amtsrichters Seehohn kam das Hamburger Schöffengericht zu der Verurteilung, die ihresgleichen in der Nachkriegsgeschichte der hamburgischen Justiz nicht hat. Die Erklärung des Beklagten, dass es sich bei den inkriminierten Äusserungen weder um einen beleidigenden Angriff noch um eine Verächtlichmachung gehandelt haben soll, sondern lediglich um eine Kritik des viel zu milden Urteils, wurde vom Gericht überhaupt nicht beachtet. Und auf den Hinweis, dass viele größere und schwerwiegendere Angriffe in der nationalsozialistischen und kommunistischen Presse von der politischen Justiz ungeahndet hätten erhoben werden können, erklärte der Gerichtsvorsitzende, auf das Urteil jener Presse könne man ja auch nichts geben, beim "Hamburger Echo" aber handele es sich um eine ernst zu nehmende Zeitung. Eine jedenfalls neuartige Begründung für eine unterschiedliche strafrechtliche Behandlung der Presse! Es ergibt sich also die geradezu aufreizende Tatsache, dass krachschlagende Nazigesellen mit Totschlägeri und verbotenen Uniformen im offenkundigen Widerspruch zu den Absichten der Notverordnung mit lächerlich geringen Geldstrafen davonkommen, während Kommunisten zu gleicher Zeit wegen nicht schlimmerer Delikte 2 Wochen Gefängnis erhalten haben und die Zeitung, die diese unterschiedliche Behandlung ohne jede

ausfallende Bemerkung festhält, wegen übler Nachrede "einer im öffentlichen Leben stehenden Persönlichkeit" mit einer Gefängnisstrafe von 3 Monaten für ihren verantwortlichen Redakteur belegt wird!

Dieses Urteil gegen das "Hamburger Echo" erscheint noch in einem besonderen Licht, wenn man erfährt, dass dem Beklagten ausdrücklich der gute Glaub abgesprochen wurde, und wenn man weiter erfährt, dass das "Hamburger Echo" von der hamburgischen Justiz seit einigen Monaten besonders liebevoll betreut wird, weil es sich erlaubt hatte, die Prozessführung einiger Richter etwas näher zu beleuchten. Fast wie ein Witz mutet es unter solchen Umständen schliesslich an, wenn das Schöffengericht dem Beklagten grosszügigerweise eine Bewährungsfrist von 3 Jahren zugebilligt hat, weil er nicht selbst der Verfasser des inkriminierten Artikels gewesen sei. Eine Bewährungsfrist für den verantwortlichen Redakteur einer politischen Tageszeitung - das wirkt geradezu wie ein Maulkorb, wie der Zwang zu einem besonderen Wohlverhalten gegenüber den neuen Wegen der hamburgischen Justiz, die anscheinend den seltsamen Ehrgeiz hat, ihren Ruf, von fortschrittlichem Geist beseelt zu sein, schnellstens ein zubüssen!

Selbstverständlich ist gegen das Urteil des Schöffengerichts Berufung eingelegt worden, um der höheren Instanz Gelegenheit zu geben, das aufreizende Fehlurteil einer Korrektur zu unterziehen.

SPD. Der preussische Innenminister Carl Severing hat an die Regierungspräsidenten, Oberpräsidenten und Polizeipräsidenten einen Erlass gerichtet, in dem es heisst:

"Die gegenwärtige politische Lage und die infolge der politischen Ereignisse eingetretene Unklarheit der weiteren Entwicklung bietet nach den Beobachtungen der letzten Tage an den verschiedensten Stellen des Staatsgebietes staatsfeindlichen Elementen offenbar Anreiz und Gelegenheit, ihre dunklen Ziele durch Störungen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung und verbrecherische Anschläge, wie Plünderungen und Ueberfälle auf andere Staatsbürger und auf Polizeibeamte mit besonderer Hemmungslosigkeit zu verfolgen. Es ist die Pflicht der Polizei, dieses Treiben auf das Aufmerksamste zu beobachten und ihm jederzeit - möglichst schon vorbeugend - mit allen, auch den schärfsten Mitteln entgegenzutreten."

Der Innenminister weist weiter darauf hin, dass die gesetzlichen Bestimmungen insbesondere durch die Notverordnungen des Reichspräsidenten gegeben sind. Besonderes Augenmerk soll auf das Treiben ausländischer Elemente gelegt werden. Zum Schluss wird in dem Erlass der Erwartung des Ministers Ausdruck gegeben, dass die Leiter der Polizeibeamten im Bewusstsein ihrer Verantwortung für die Aufgabe, die öffentliche Sicherheit und Ordnung vor Erschütterungen zu bewahren, sich persönlich in jeder Weise vorbildlich einsetzen.

SPD. Lausanne, 15. Juni (Eig. Drahtb.)

Den Auftakt zur Lausanner Reparations-Konferenz bildete eine Besprechung der Vertreter der sechs einladenden Mächte Deutschland, England, Frankreich, Italien, Belgien und Japan über die Prozedur der feierlichen Eröffnungssitzung am Donnerstag vormittag. Das lakonische Kommuniqué, das unmittelbar nach der Presse verlesen wurde, teilt nur mit, dass Motta-Schweiz die Begrüssungsrede und der Präsident der Konferenz eine Einleitungsrede halten werden. Wie man darüber hinaus erfährt, hat MacDonald auf Vorschlag Herriots angenommen, sich am Donnerstag zum Präsidenten der Konferenz wählen zu lassen. Er wird in seiner Ansprache die Probleme umreissen, die endgültig das

Programm der Beratungen bilden werden. Neben den sechs einladenden Mächten sind auf der Konferenz noch 12 Länder vertreten: Polen, Portugal, Rumänien, Jugoslawien, Ungarn, Australien, Kanada, Bulgarien, Tschechoslowakei, Griechenland, Südafrika und Neuseeland. Dass Österreich nicht eingeladen ist, wird dahin gedeutet, dass die Donaufrage nicht zum Beratungsstoff gehören werde. Tatsächlich zeigt die vorliegende Liste auch nur Staaten, die noch mit der eigentlichen Reparationsfrage allein zu tun haben.

SPD. Brüssel, 15. Juni (Eig. Drahtb.)

Als der sozialistische Abgeordnete und Führer der Gewerkschaft der öffentlichen Angestellten Uytriever heute nachmittag seinen Sitz in der Kammer einnehmen wollte, feuerte ein Mann von der öffentlichen Tribüne einen Revolver-schuss auf ihn ab. Ein Westknopf Uytrievers zersplitterte, er aber blieb unverletzt. Der Täter wurde sofort festgenommen. Es handelt sich um einen etwa 50jährigen Erwerbslosen, der früher Laternenanzünder im Dienste der Stadt Brüssel war, aber beim Waffenstillstand wegen flämischer aktivistischer Propaganda während der Kriegszeit entlassen wurde. Die einzigen Beziehungen, die Uytriever je zu dem Attentäter gehabt hat, bestanden in den beharrlichen Bemühungen des sozialistischen Abgeordneten, die Wiedereinstellung des Entlassenen in den städtischen Dienst zu erwirken. Offenbar haben lange Leiden den Geisteszustand des Angreifers aus dem Gleichgewicht gebracht.

SPD. Amsterdam, 15. Juni (Eig. Drahtb.)

Die niederländische Sozialdemokratie und der niederländische Gewerkschaftsbund veranstalteten heute abend in Amsterdam und in Utrecht gewaltige Massenkundgebungen gegen die von der Regierung beabsichtigte Herabsetzung der Arbeitslosenunterstützung. In beiden Städten nahmen alle Zweige der örtlichen Arbeiterbewegung an den Strassenkundgebungen teil. Die Zahl der Teilnehmer überschritt die Zehntausend bei weitem. Eine weitere grosse Kundgebung wird zur Unterstützung der Interpellation des Vorsitzenden des niederländischen Gewerkschaftsbundes Kupers, die morgen in der zweiten Kammer zur Verhandlung kommt, am morgigen Tage im Haag stattfinden.

SPD. Genf, 15. Juni (Eig. Drahtb.)

Die Luftkommission der Abrüstungskonferenz hat am Mittwoch vormittag mit der Beratung ihres zweiten Auftrags begonnen, nämlich einen Bericht an die Generalkommission zu erstatten über die Ausschaltung der Zivilluftfahrt von militärischer Verwendung, entweder durch Internationalisierung oder ein Kontrollsystem. Als Beratungsgrundlage wurde ein spanischer Entwurf genommen, der eine weitgehende Kontrolle durch eine internationale Körperschaft in den Vordergrund stellt. Ferner liegt dazu der französische Plan einer internationalen Vertrustung der Zivilluftfahrt vor. Der deutsche Vertreter Brandenburg brachte einen Antrag ein, der die Internationalisierung als Erdrosselung jeder Entwicklungsmöglichkeit ablehnt und die von der Botschafterkonferenz Deutschland auferlegten Kontrollbestimmungen als ausreichend für die allgemeine Ausschaltung der Zivilluftfahrt aus jeder militärischen Verwendung zur Verallgemeinerung für alle Staaten vorschlägt. Nur Neuseeland lehnte jede Internationalisierung oder Kontrolle als lächerlich für die dortigen Verhältnisse ab, während Russland die deutsche Meinung unterstrich, dass man doch

zuerst wissen müsse, was mit der Militärluftfahrt geschehen werde. Die Kommission beschloss, diese Frage völlig ausscheiden zu lassen und zunächst den Meinungsaustausch über die beste Methode zur Unschädlichmachung der Zivilluftfahrt fortzusetzen. Nach Ernennung des Norwegers Lange zum Berichterstatter vertagte man sich auf Freitag.

SPD. Dresden, 15. Juni (Eig. Drahtb.)

Bekanntlich plant die sächsische Regierung die Einführung neuer Steuern. Wie nunmehr bekannt wird, handelt es sich in erster Linie um die Einführung der Filialsteuer, durch die vor allem auch die Konsumvereine schwer belastet würden und ferner die Einbeziehung der freien Berufe in die Gewerbesteuer. Auch dieser Plan ist angesichts der grossen Not unter den freien Berufen gerade in der Gegenwart kein Meisterwerk der Steuererfindung, zumal der Ertrag selbst nach den Schätzungen der Regierung sehr gering sein dürfte. Ob der Landtag derartige Steuern genehmigen wird, bleibt abzuwarten.

SPD. Braunschweig, 15. Juni (Eig. Drahtb.)

Am 18. Mai verliess die sozialdemokratische Fraktion des braunschweigischen Landtages das Parlament, weil sie sich mit dem ausgeschlossenen Abgeordneten Thielemann solidarisch erklären wollte. Es blieb nur ein Horchposten zurück, der die Beschlussfähigkeit des Hauses anzweifelte. 21 Abgeordnete müssen vorhanden sein, wenn das Parlament beschlussfähig sein soll. 20 Abgeordnete aber waren nur anwesend. Der nationalsozialistische Präsident setzte trotzdem die Beratung fort und erledigte die ganze Tagesordnung ohne die Sozialdemokratie. Der Rechtsbeistand des Landtages, Landsyndikus Klaue, ein rechtsstehender Beamter, hat nun ein Rechtsgutachten ausgearbeitet, dass der Landtag damals nicht beschlussfähig war. Der Präsident hat nämlich den Anzweifler mitgezählt, obgleich dieser schnell den Sitzungssaal verlassen hatte. Die Verteilung dieses Rechtsgutachtens an die Mitglieder des Ältestenrates hat der Präsident zu verhindern gesucht. Gegen die Einschränkung setzte sich der Landsyndikus in der Ältestenratssitzung mit folgenden Worten zur Wehr:

"Ich bin jetzt 24 Jahre im Landtag. Bei Uebernahme meines Amtes ist mir vom damaligen Präsidenten und von meinem Vorgänger als meine heiligste Pflicht auferlegt worden, die Verfassung zu schützen gegenüber der Regierung, zugunsten des Parlaments. Es ist auch niemals versucht worden, meine Arbeit oder die Verfassung anzutasten. Ich habe viele Präsidenten kennengelernt, darunter auch Sozialdemokraten, denen meine Weltanschauung völlig entgegengesetzt war. Niemals aber bin ich daran gehindert worden, meine Meinung zu sagen. Der Präsident scheint bezüglich meiner Stellung völlig im Unklaren zu sein. Der Ministerialrat muss parieren, und wenn er nicht pariert, dann fliegt er. Ich habe hier eine richterliche Stellung. Der Präsident kann mir noch nicht einmal eine Rüge erteilen. Ich würde sofort an das Gericht appellieren. Der gegenwärtige Präsident ist der erste, der mich in meiner Arbeit zu beschränken sucht. Keiner der sozialdemokratischen Präsidenten hat mich je so beschränken wollen. Solange ich im Amte stehe, will ich meine verfassungsmässigen Rechte wahren. Ich sage Ihnen als Jurist, dass ich davon überzeugt bin, dass der Landtag nicht beschlussfähig war. Aus diesem Grund dürfte es sich empfehlen, die anfechtbaren Beschlüsse des Landtags vom 18. Mai durch zweifelsfrei gültige Beschlüsse des Landtags nachträglich zu bekräftigen." Wenn der Landtag die Tagesordnungspunkte nicht noch einmal erledigt, die der halbe Landtag am 18. Mai erledigt hatte, wird die Sozialdemokratie den Staatsgerichtshof anrufen.

SPD. Paris, 15. Juni (Eig. Drahtb.)

Der "Figaro" meldet im Anschluss an eine Unterredung, die Herriot vor kurzem mit dem russischen Botschafter Dowgalewski hatte, dass die französische Regierung die Absicht habe, die Anfang dieses Jahres abgebrochenen Verhandlungen mit Russland über den Abschluss eines Nichtangriffspaktes und eines Handelsabkommens wieder aufzunehmen. In der russischen Botschaft ist von einem bestimmten Termin für die Fortsetzung der Verhandlungen noch nichts bekannt. Dem Pariser Korrespondenten des "Soz. Pressedienst" wurde erklärt, dass der Besuch Dowgalewskis bei Herriot ein reiner Höflichkeitsbesuch gewesen sei, den Herriot übrigens erwidert habe. Ueber die Wiederaufnahme der Verhandlungen sei dabei noch nicht in deutlicher Form gesprochen worden, aber man hoffe, dass sie erfolgen werde, sobald Herriot nach Schluss der gegenwärtigen internationalen Verhandlungen die Zeit gefunden habe, sich mit diesem Problem näher zu beschäftigen.

Der "Figaro" wendet sich energisch gegen einen Nichtangriffspakt mit Russland, weil dadurch die französischen "Handelsbeziehungen" mit Japan gefährdet werden könnten; denn im Falle eines russisch-japanischen Krieges dürfte Frankreich keinerlei Waffen und Munition an Japan liefern. Der "Figaro" gesteht damit unfreiwillig ein, dass die französische Kriegsindustrie zurzeit grosse Mengen Waffen und Munition an Japan liefert.

SPD. Paris, 15. Juni (Eig. Drahtb.)

Die französische Aussenhandelsbilanz des Monats Mai schliesst mit einem Defizit von einer Milliarde Franken ab. Die Einfuhr belief sich nämlich auf 2,5 Milliarden, die Ausfuhr nur auf 1,5 Milliarden Franken. Das Defizit der ersten fünf Monate des Jahres beläuft sich danach auf 4 Milliarden Franken. Bemerkenswert ist aber, dass im Vergleich zu den ersten 5 Monaten des Vorjahrs die Einfuhren um 6,5 Milliarden, die Ausfuhren nur um 5 Milliarden Franken zurückgegangen sind.

SPD. Rom, 15. Juni (Eig. Drahtb.)

In dem grossen politischen Prozess gegen den Bombenattentäter Bovone, gegen seine Mithelfer und gegen andere Verschwörer hat der Staatsanwalt des von Milizoffizieren gebildeten Sondergerichtes zum Schutze des faschistischen Staates am Mittwoch nachmittag nach knapp zweitägiger Verhandlung folgende Strafen beantragt: Den Tod durch Erschiessen in den Rücken für den Kaufmann Bovone, je 30 Jahre Gefängnis für Bovones Geliebte, die aus Wien stammende österreichische Tänzerin Margarete Blaha, ebenso für Enza, der Bovones Bombe in Genuas Strassen niederlegte, ferner je 30 Jahre Gefängnis für die Teilnehmer der anderen Gruppe, nämlich den Anarchisten Belloni, den Handelsvertreter Delfini, den Beauftragten der antifaschistischen Propaganda in Rom namens Melloni und den Bankbeamten Sandri, der Explosivmaterial transportierte. Der Kunstmaler Mazzochi und der Arzt Dr. Germani sollen je 10 Jahre Gefängnis erhalten. Das Urteil ist in später Abendstunde zu erwarten, dürfte aber erfahrungsgemäss den Antrag des Staatsanwaltes bestätigen, sodass mit der Erschiessung Bovones schon in den Morgenstunden zu rechnen ist.

Bovone machte im Prozess einen furchtbaren Eindruck, weil er mit zynischer Offenheit gestand, dass ihm nur an dem aus Paris übermittelten Geld zur Regelung seiner finanziellen Verhältnisse gelegen gewesen sei. Seine Geliebte, die Tänzerin Blaha sagte, dass sie, als sie spät erst von der Bombenfabrikation erfuhr, nur deshalb keine Anzeige gemacht habe, weil sie den Mann liebte. Delfini, der sich über die Untersuchungshaft beklagte, bekannte sich

als demokratischer Republikaner. Von der Bombe in der Thermosflasche, die ihn der Anarchist Bovone tragen liess, habe er nichts gewusst und sie, als er davon erfuhr, in den Comer See geworfen. Der Kunstmaler Mazzochi brachte nur aus Gefälligkeit für seine antifaschistischen Freunde in Paris Pakete über die Grenze. Er habe angenommen, dass sie antifaschistische Drucksachen enthalten. Der Arzt Germani erklärte sich als antifaschistischer Liberaler. Nach den Aussagen einiger dieser Angeklagten sollen vier in Paris lebende Flüchtlinge besonders belastet sein, und zwar der frühere Abgeordnete Facchetti als Anstifter, dann auch Rosselli und auch die früheren liberalen Chefredakteure Tarchiani und Lianca.

SPD. Rom, 15. Juni (Eig. Drahtb.)

Rom soll als Konferenzort für die grosse Wirtschaftskonferenz des kommenden Herbstes nach Mitteilung aus amerikanischen Kreisen von Amerika vorgeschlagen sein. Der amerikanische Staatssekretär Stimson habe der italienischen Regierung bereits diesen Vorschlag übermittelt.

SPD. Paris, 15. Juni (Eig. Drahtb.)

Der Präsidentenmörder Gorgulow, der während einer Vernehmung durch den Untersuchungsrichter verlangt hatte, so schnell wie möglich hingerichtet zu werden, hat sich inzwischen anders besonnen. Auf den ihm zugestellten Beschluss der Anklagekammer, dass er des vorsätzlichen Mordes angeklagt sei und sich vor dem Schwurgericht zu verantworten habe, hat er Berufung wegen Nichtigkeit des Untersuchungsverfahrens eingelegt. Die Untersuchungsakten sind darauf dem Appellgericht übergeben worden, das in den nächsten Tagen zu dem Berufungsantrag Stellung nehmen wird. Bei Ablehnung der Berufung kann Gorgulow noch Kassation des Beschlusses der Anklagekammer beantragen.

SPD. Paris, 15. Juni (Eig. Drahtb.)

Der Ernst der Wirtschaftskrise in Frankreich kommt nicht nur in der Zahl der Arbeitslosen und Kurzarbeiter zum Ausdruck, sondern auch in der Zahl der wegen Beschäftigungslosigkeit in ihre Heimat zurückkehrenden Ausländer. Nach den Feststellungen des Arbeitsministeriums haben in den ersten 5 Monaten des Jahres bereits über 60 000 ausländische Arbeiter Frankreich verlassen, während im ganzen Jahre 1931 nur 92 000 ausgewandert sind. Da keine strenge Ausreisekontrolle besteht, werden die wirklichen Ziffern jedoch auf das Doppelte geschätzt. Neu eingewandert sind vom Januar bis Mai nur 14 000 ausländische Arbeiter.

SPD. Lausanne, 15. Juni (Eig. Drahtb.)

Der Reichskanzler, Aussenminister von Neurath und Finanzminister Graf Schwerin von Krosigk legten kurz nach Abschluss der ersten Besprechung zwischen den einladenden Mächten der deutschen Presse die Richtlinien der deutschen Haltung in Lausanne dar. Sie kamen alle drei nicht über ganz allgemeine Sätze hinaus, wobei am interessantesten die Bemerkung des Reichskanzlers war, die jetzige Regierung werde die nationalen Notwendigkeiten mit der gleichen Festigkeit vertreten wie ihre Vorgänger. Demnach scheint von der stärkeren nationalen Haltung der jetzigen Regierung gegenüber dem Kabinett Brüning nach aussen hin schon keine Rede mehr zu sein.

Der Reichskanzler führte sich ein zwar als Neuling auf internationalen Konferenzen, er finde hier aber eine Reihe guter Bekannter aus dem Auslande, die ihm die Verhandlungen sehr erleichtern. Sein Kabinett werde die nationalen Notwendigkeiten mit der gleichen Festigkeit vertreten wie seine Vorgänger. Es müsse nicht nur ein Strich unter die Reparationen gezogen werden, sondern man müsse auch verständnisvoll die allgemeine Lage mit den anderen Staatsmännern besprechen. Es handele sich dabei um eine Lage, die psychologisch keine Vertagungen mehr ermögliche, und Deutschland werde darauf dringen, eine umfassende Lösung für die Probleme der Reparationen und der Wirtschaft zu finden. Man müsse einen Auftrieb schaffen, dafür seien alle Staatsmänner hier, nicht nur für Deutschland, sondern auch für Europa und die ganze Welt. Am Freitag werde die erste Arbeitssitzung der Konferenz sein, in der gleich der Reichskanzler den deutschen Standpunkt darlegen werde. Ueber viele Probleme gäbe es in Deutschland Meinungsverschiedenheiten, aber wenn auch die Deutschen durch innerpolitische Dinge und Nuancen sich unterschieden, über die Fragen, die in Lausanne zur Debatte ständen, gäbe es keine Meinungsverschiedenheiten.

Reichsaussenminister Neurath versicherte, dass das Kabinett den nationalen Interessen gerecht werde mit seiner Haltung in Lausanne. Von Paris her sei in den letzten Tagen eine optimistische Auffassung geäußert worden, als wäre es leicht, hier in Lausanne Entscheidungen zu treffen. Er teile diesen Optimismus nicht, und es sei ein grosser Fehler, wenn man erwarte, dass schon in einigen Tagen hier ein greifbares Ergebnis erzielt werden könne. Von der Erkenntnis, dass die Reparationen nicht mehr gezahlt werden könnten, bis zur offiziellen Feststellung dieser Erkenntnis sei eben ein harter Weg. Finanzminister von Krosigk knüpfte an seine gestern in Berlin der deutschen Presse gegebene Darstellung der finanziellen Lage an. Die Notverordnung solle nicht etwa Eindruck hier in Lausanne auf die fremden Staatsmänner machen, aber sie gebe die beste Illustration zu der Notwendigkeit, dass für Deutschland etwas getan werden müsse. Es seien hier doch zwei grosse Probleme, das der Reparationen und das der Wirtschaft, untrennbar miteinander verbunden. Alle Konferenzen seien seither zu spät gekommen, um eine wirksame Erleichterung bringen zu können. Ob jetzt noch allein eine Regelung der Reparationsfrage genügen werde, sei sehr zweifelhaft. Deshalb müsse Deutschland bei den Wirtschaftsfragen sämtliche brennenden Probleme aufwerfen und zu einer Lösung drängen. Ohne endgültige Regelung der Reparationen sei an eine Gesundung der Wirtschaft nicht zu denken! Aber ohne Lösung der Wirtschaftsfrage sei gar keine allgemeine Erholung der Welt möglich. Er teile die Besorgnis des deutschen Aussenministers und habe keine optimistischen Erwartungen.

(Schluss des politischen Teils. - Auf Wiederhören)

Donnerstag-Vormittag 7 Uhr auf Welle 2850)

Aus aller Welt

Der Gelehrtschreibtisch.

Was gibt es Neues in der Wissenschaft?

SPD. Im Freiburger Botanischen Garten verwendete Dr. Bruno Huber das für geringste Temperaturunterschiede überaus empfindliche "Schleifengalvanometer", ein elektrisches Messgerät, mit dem festgestellt wird, wie schnell der Saftstrom in der Pflanze steigt. Betrachtet man das Massbild des Galvanometers in achtzigfacher Vergrösserung, so sieht man den Zeiger schon bei einer Wärmeänderung von nur $1/100$ stel Grad einen Teilstrich weiterrücken. Dr. Huber umschloss den Stengel einer Liane mit der warmen Hand oder erwärmte ihn durch einen herumgelegten elektrischen Draht, nachdem er den Stengel in Watte gepackt und so gegen Wärmeverlust gesichert hatte. Das Schleifengalvanometer zeigte an, in welcher Spanne Zeit eine merkliche Erwärmung von einer Stelle zur andern rückte. Die Versuchsanordnung ergab bei der Liane und einigen anderen Pflanzen, dass der Saftstrom in der Stunde 9,6 m steigt. Eine so hohe Geschwindigkeit hatte man in Europa noch nicht gemessen. Dabei wurde der Versuch in der kalten Jahreszeit unternommen. Im Sommer steigt der Saftstrom wohl noch schneller. Wenigstens weisen hierauf unter anderem Versuche hin, die man kürzlich in Java vornahm. Dort mass man nach anderem Verfahren, wie schnell eine künstlich gefärbte Flüssigkeit in abgeschnittenen Pflanzen aufwärts wandert. Die dabei gemessene Geschwindigkeit war mehrfach grösser als die, die Dr. Huber ermittelt hat.

+

Das Lexikon der Ameisensprache ist durch den als Insektenforscher bekannten Dr. Robert Staeger in Bern bereichert worden. Er hat seine ähnlichen früheren Beobachtungen jetzt gründlich erweitert und in endgültige Form gebracht. "Kinopsis" nennt Staeger den nachfolgend geschilderten Vorgang: Eine Waldameise findet zufällig ein Beutestück, kann es jedoch nicht allein fort-schaffen. Sie will andere Stammesgenossen zu Hilfe rufen. Dazu verwendet sie keins der bekannten Ausdrucksmittel. Sie fasst die Gefährtin nicht an Bein oder Fühler, um sie fortzuziehen oder den empfangenen Duft an sie weiterzugeben, sie stösst auch keinen jener auch dem Menschenohr vernehmbaren Laute aus, die das Alarmzeichen der Ameisen bilden. Die Finderin umrennt aufgeregt das Beutestück. Vorüberkommende Genossinnen verfallen in Nachahmung des Erregungszustandes, bis alle zusammen zum Beutestück eilen und es ergreifen. Finderin und Helferinnen berühren sich dabei nicht. Die Mitteilung erfolgt nur durch "Kundschaften", wie Dr. Staeger das aufgeregte Umkreisen der Beute nennt, und durch die schauende Wahrnehmung des Kundschaftens. Kinopsis bedeutet "Bewegungsehen".

+

Einen aufschlussreichen Einblick in die Gesetzmässigkeit des Wachstums gewann E. N. Sorin vom Experimentalinstitut für Ernährungsphysiologie in Moskau. Er verfolgte das Gewicht von 42 Meerschweinchen, von ihrer Geburt bis zur vollen Entwicklung, etwa ein Jahr lang. Von den Tieren waren die einen allein geboren, andere hatten ein Geschwisterkind, noch andere deren zwei und drei. Von dieser Tatsache hing das Gewicht bei der Geburt ab. Einlinge waren unmittelbar, nachdem sie zur Welt gekommen waren, im Durchschnitt 115 Gramm schwer, die andern wogen weniger, Vierlinge nur 60 Gramm. Trotz dieser grossen Verschiedenheit des Anfangsgewichtes hatten die zunächst schweren Tiere nichts voraus, wenn das Entwicklungsjahr abgelaufen war. Die anfangs leichteren Tiere holten die

schwereren sicher ein. Schreck, Aufregung und andere widrige Umstände hemmten deutlich die Gewichtszunahme. Merkwürdig waren ihre vorübergehenden Störungen, die sehr regelmässig ohne erkennbaren Grund auftraten. Die erste Störungszeit lag immer zwischen dem 35sten und 45sten Lebenstag, eine zweite zwischen dem 80sten und 90sten, eine dritte zwischen dem 110ten und 120ten. Je mehr Geschwister ein Tier hatte, auf einen umso weiteren Zeitraum verteilte sich der Beginn der Wachstumsstörung. Hierin drückt sich wohl eine grössere Lebenskraft des bei Geburt schwereren Tieres aus. Die Erschütterungsperioden dürften innere Ursachen haben. Man nimmt an, dass die Drüsensekretion in regelmässiger Folge Stoff ausscheidet, die das Wachstum schädigen oder begünstigen. Die Versuche werfen ein Licht auf ähnliche Erscheinungen, die bei der Entwicklung junger Menschen beobachtet werden.

+

Die grosse Sinnesschärfe des Hundes erwies sich in neuen Versuchen, die im Psychologischen Institut der Universität Rostock unter Leitung des rühmlich bekannten Tierpsychologen Professor Dr. D. Katz angestellt wurden. Man wollte feststellen, wie gut oder schlecht der Hund den Ort angehe, aus dem ein Schall kommt. Versuchstiere waren grosse Schäfer- und Vorstehhunde. War der Hund 5 m von der Schallstelle entfernt, so ging er sie auf 15 cm genau an. Das ist weit mehr, als der Mensch leisten kann. Waren 32 Schallquellen im Abstand von 80 cm auf einer Kreislinie von 4 m Durchmesser angeordnet, so entschied sich der im Mittelpunkt des Kreises stehende Hund jedesmal sicher, an welche Stelle er zu gehen hatte. Auch hiermit beschämt er die menschlichen Fähigkeiten. Die Möglichkeit, die Herkunftsstelle eines Schalls zu bestimmen, hängt nach unseren wissenschaftlichen Anschauungen wesentlich davon ab, dass der Schall das eine Ohr schneller erreicht als das andere. Die Sicherheit, des Urteils wird dadurch bestimmt, wie weit beide Ohren voneinander entfernt sind und wie schnell und gleichmässig die Erregung des Hörnerven sich zum Gehirn fortpflanzt. Professor Katz berechnet, dass die menschlichen Ohren drei- bis viermal so weit, als es in Wirklichkeit der Fall ist, voneinander abstehen müssten, wenn der Mensch zur Ortsbestimmung des Schalls die gleiche Begabung zeigen sollte wie der Hund.

S. J-y.

+ + +

Lastauto verunglückt. Ein stark beladener Lastwagen, auf dem ausser dem Führer noch drei Personen Platz genommen hatten, kam am Mittwoch vormittag in der Nähe von St. Etienne (Frankreich) auf einer Brücke ins Schleudern, durchbrach das Brückengeländer und stürzte 12 Meter tief in den Fluss hinab. Zwei Insassen wurden sofort getötet, die beiden andern sehr schwer verletzt ins Krankenhaus gebracht. Ihr Zustand ist hoffnungslos.

+ + +

Todessturz eines unheilbar Kranken. Der 50 Jahre alte Vorarbeiter Fritz Schröder stürzte sich am Mittwoch vormittag aus einem Flurfenster des Hauses Ackerstrasse 57 in Berlin auf den Hof hinab, wo er tot liegen blieb. Den Unglücklichen hat eine unheilbare Krankheit zu dem Verzweiflungsschritt getrieben.

+ + +

Der lebende Tote. Das Strafgericht in Lyon (Frankreich) verhandelte am Dienstag Abend gegen den Versicherungsbetrüger Durand und seine Geliebte Gauthier, die eine Lebensversicherungsgesellschaft um 150 000 Francs betrogen hatten. Das Paar hatte in Algier eine Strohpuppe unter dem Namen Durand begraben lassen, um auf diese Weise die Versicherungsgesellschaft neppen zu können. Durand erhielt 5 Jahre, seine Freundin 2 Jahre Gefängnis.

+ + +

Versicherungsbetrugs-G.m.b.H. Bei der Untersuchung eines Einbruchs bei dem Sägewerksbesitzer Ladislaus Hrdy in Roketnitz bei Turnau (Böhmen) kam die Polizei riesigen Versicherungsbetrügereien auf die Spur, die von einer achtköpfigen Gesellschaft in Turnau gewerbsmässig verübt wurden. Es konnte festgestellt werden, dass der bei Hrdy verübte Einbruch auf Bestellung erfolgt war, um die Versicherungsgesellschaft zu betrügen. Ein Mitglied der Bande, ein gewisser Zikund, war Experte für Verstümmelungen zum Zweck des Versicherungsbetrugs. Gegen ein entsprechendes Honorar machte Zikund seine Mitmenschen ganz nach Wunsch zu Krüppeln. Seine Spezialität war das Abschlagen von Fingern, eine Prozedur, für die die Versicherungsgesellschaften nachher schwer zahlen mussten. Hrdy, das Haupt der Bande, war ein erfinderischer Kopf. Er gründete eine Gesellschaft von Brandlegern, die auf Bestellung den interessierten Inhabern die Anwesen in Brand steckte. Bisher wurden acht Mitglieder dieser glänzend organisierten Versicherungsbetrugsfirma in Haft genommen.

+ + +
Krieg im Frieden. In der Bucht von Cattaro (Südslawien) wurde das tschechische Flugzeug A 296 bei Scharfschiessübungen von einem Fliegerabwehrgeschütz versehentlich abgeschossen. Der Pilot Karl Slezacek fand den Tod, sein Begleiter wurde schwer verletzt.

+ + +
Banküberfall. Am Mittwoch vormittag wurde in Hamburg die Filiale der Dresdner Bank in der Grindelallee von Räufern überfallen. Drei maskierte Männer drangen mit vorgehaltener Waffe ein. Die in dem Bankraum anwesenden beiden Angestellten wurden mit gezückter Pistole gezwungen, das vorhandene Bargeld herauszugeben. Die Räuber entkamen unerkannt mit einer Beute von etwa 10 000 Mark.

+ + +
Kommt Ignatz Petschek zum Mitgiftprozess? Im Mitgiftprozess Caro - Petschek kam es zu endlosen Rededuellen der Verteidiger über die Frage, ob Ignatz Petschek in der Lage sei, an Gerichtsstelle zu erscheinen oder nicht. Der Verteidiger Petscheks erklärte, dass nach einem Gutachten sämtlicher Aerzte, die Petschek untersucht hätten, Petschek reiseunfähig sei. Professor Alsberg, der Verteidiger Caros, betonte, dass es nicht nur auf die Terminfähigkeit Petscheks ankäme, sondern auch darauf, ob der Gesundheitszustand von Ignatz Petschek damals, als er als Zeuge vernommen wurde, so gewesen wäre, dass man den Schluss ziehen konnte, sein Gedächtnis hätte nicht mehr normal funktioniert. Das Gericht behielt sich die Entscheidung vor und nahm vorläufig noch nicht Stellung. Danach wurde ausführlich die ominöse Quittung erörtert. Geheimrat Caro erklärte, dass er seinen Anwälten seinerzeit die nötigen Mitteilungen gemacht habe und sich heute nicht mehr recht erinnern könne.

+ + +
100 000 Mark Gewinn gezogen. In der Preussisch-Süddeutschen Klassenlotterie wurde am Mittwoch ein Gewinn von 100 000 Mark auf die Nummer 257 250 gezogen. Ein 10 000 Mark-Gewinn entfiel auf das Los Nr. 399 191.

+ + +
Milde Strafen im Prügelpädagogen-Prozess. Im Prozess gegen die Prügelpädagogen von Waldhof, dem "Erziehungsinstitut" der Inneren Mission, wurde am Spätabend des Dienstag ein gänzlich unverständliches Urteil gefällt. Die Angeklagten Stein und Knoblauch wurden freigesprochen. Der Angeklagte Jaap erhielt wegen gefährlicher Körperverletzung 100 Mark, der Angeklagte Küchenmann wegen gefährlicher Körperverletzung in 2 Fällen 70 Mark und der Angeklagte Wenda wegen gefährlicher Körperverletzung in einem Falle 60 Mark Geldstrafe! Der Angeklagte Töschler wurde wegen Sittlichkeitsverbrechens in 2 Fällen und wegen Sittlichkeitsvergehens in einem Fall zu einer Gesamtstrafe von einem Jahr Gefängnis verurteilt. Das Urteil des Landgerichts Prenz-

lau muss als ein geradezu erbitterndes Fehlurteil bezeichnet werden. Wenn Angeklagte, die in derart empörender Weise wehrlose Zöglinge aufs schwerste misshandelt haben, derart milde bestraft werden, so erscheint damit die anständige Erzieherchaft, die sich ja doch zum Glück in überwältigender Mehrzahl befindet, geradezu desavouiert.

+ + +

Matuschka schwärmt für die Nazis...

Der Wiener Prozess gegen den Eisenbahnattentäter - Spielt Sylvester Matuschka verrückt? - Mordvorbereitungen und Liebesverhältnisse - Jüterbog und Bia Torbagy: "Kleinigkeiten"...

SPD. Wien, 15. Juni (Eig. Drahtb.)

Unter grossem Andrang von Publikum und Presse begann am Mittwoch in Wien der Prozess gegen den internationalen Eisenbahn-Attentäter Matuschka. Matuschka hat sich offenbar die Methode zurechtgelegt, während des ganzen Prozesses den geistig Verwirrten zu mimen. Immer wieder stellt er sich, als ob er die Fragen des Vorsitzenden nicht verstehe. Wenn auf seine Verbrechen die Rede kommt, erklärt er, eine geheimnisvolle Geistererscheinung namens Leo habe ihm stets den Auftrag zur Ausführung seiner Attentate gegeben. In seinem Verhör gibt Matuschka zunächst stockend eine Schilderung des Eisenbahn-Attentats bei Anzbach, das er in Oesterreich unternommen hat. Der Vorsitzende kommt dann auf das Verbrechen bei Jüterbog zu sprechen. Matuschka berichtet, dass er seinerzeit mit der Absicht, ein Attentat zu verüben, nach Berlin gereist sei. Er habe auch zu diesem Zwecke 3 kg Ekrasit aus Oesterreich mitgebracht. In Berlin habe er am 6. August in einem Geschäft Rohre, Leitungsdraht und das andere Material für das Attentat gekauft, wobei er sich als irischer Offizier ausgab.

+

Der Vorsitzende hält Matuschka vor, dass er nach den Erhebungen der Berliner Polizeieinheit die Nerven besass, neben der umsichtigen Vorbereitung seines Jüterbogener Massenmordanschlags Liebesverhältnisse anzuknüpfen. Er habe sowohl mit der Geschäftsinhaberin als auch mit deren Tochter ein Stelldichein verabredet. Matuschka sagt, dass er nach Jüterbog gefahren sei, und dort alles für den Anschlag vorbereitet habe. Die Zündvorrichtung hätte er in einem Gebüsch versteckt. Der Vorsitzende fragt ihn, warum er die nationalsozialistische Zeitung "Der Angriff" mit den Worten "Attentat", "Revolution", "Sieg" beschrieben und am Attentatsort zurückgelassen habe. Darauf erklärt Matuschka unter grosser Erregung der im Gerichtssaal Anwesenden: "Weil ich mich zur Nationalsozialistischen Partei bekenne. Ich bin ihr nur nicht beigetreten, weil ich eigentlich kein Antisemit bin."

+

Matuschka sagt weiter aus, dass er für den gegenwärtigen Reichskanzler von Papen schwärme und dass die Antrittsrede Papens im Reichstag eigentlich von Matuschka entworfen sein könnte. Es kommt dann die Rede auf die Schreckensstat in Bia Torbagy. Matuschka will Glauben machen, dass er nur die Absicht gehabt habe, eine Brücke zu sprengen, aber nicht, Menschenleben zu Grunde zu richten. Als ihm der Vorsitzende vorhält, dass er die Sprengung doch erst im Augenblick des Herannahens des Zuges vorgenommen habe und dass dem Attentat 22 Menschenleben zum Opfer gefallen seien, bricht Matuschka in lautes Weinen und Schreien aus, sodass die Verhandlung auf kurze Zeit unterbrochen werden muss. Auf eine Frage des Vorsitzenden erklärt Matuschka, dass gegen die von ihm in Deutschland, Holland und Italien geplanten weiteren Attentate die Verbrechen von Jüterbog und Bia Torbagy "Kleinigkeiten" gewesen seien. Am Donnerstag vormittag 9 Uhr wird der Prozess fortgesetzt.



Die Chance Adolf Hitlers.

Die Grossen und die Kleinen in der Notverordnung.

SPD. Die von den Nazis tolerierten Adelsregierung hat das Kunststück fertiggebracht, die breiten Massen aufs neue mit Hunderten von Millionen zu belasten. Auf der anderen Seite ergeben sich aber Steuergeschenke für die Kreise, die in Wirklichkeit hinter der Adelsregierung und der nationalsozialistischen Partei stehen, Steuergeschenke für die grosse und schwere Industrie, Schonung der grossen Vermögen, Schonung der hohen Einkommen.

Es ist wieder einmal das alte Lied von den Grossen und den Kleinen. Dem Grossen wird gegeben, dem Kleinen aber genommen. Besonders schroff ist der Gegensatz zwischen der Grossindustrie und dem kleinen Handwerker, dem kleinen Händler. Gerade die Schichten des Handwerks und des kleinen Handels stehen der Wirtschaftskrise ungeschützt gegenüber. Nächst der Arbeiterschaft hat die Wucht der Krise wohl diese Schichten am meisten getroffen. In einer Art Verzweiflungsstimmung haben sich weite Kreise des deutschen Handwerks und des kleinen Handels in Deutschland den Rechtsparteien zugewandt. Man lief Adolf Hitler nach. Man hielt es sozusagen für Existenzverteidigung, Hitler zu wählen. Nicht alle im deutschen Handwerk und im Handel sind nun von den Wunderrezepten Hitlers überzeugt. Aber man sagte sich, man müsste Hitler die grosse Chance geben, seine Versprechungen zu verwirklichen. Damit wirklich "alles anders" werde.

Nun, mit der Regierung von Papen hat Hitler die grosse Chance erhalten. Was ist die Regierung von Papen für sich? Eine Hand voll Leute, die selbst des Reizes der Persönlichkeit entbehren. Leute, die im besten Falle auf ihren Titel verweisen können. Leute, die nicht einmal durch Intelligenz, geschäftliche Erfahrung und Tatkraft überzeugen. Wie das z.B. bei den Vertretern der alten demokratischen Partei der Fall war, die sich ja auch in der Regierung während der letzten Jahre als Führer ohne Soldaten repräsentierten. Die Regierung der Barone, die Regierung von Papen, Generale, ohne Soldaten, kann sich auf die Partei Adolf Hitlers stützen. Von Adolf Hitler hängt diese Regierung ab. Sie muss tun, was er will. Das war die grosse Chance für Adolf Hitler, seine im Grunde misstrauischen Wähler zu überzeugen. Von seinen Versprechungen wenigstens etwas wahr zu machen.

Was ist dabei herausgekommen? Man braucht nur auf einzelne Abschnitte der neuen Notverordnung zu verweisen, z.B. auf die Verminderung der Aufbringungssteuer. Diese Steuer trifft die grossen Vermögen von 500 000 Mark und mehr. Sie sollte für das Jahr 1932 rund 200 Millionen Mark erbringen. Hier setzen die Steuergeschenke der Adelsregierung und der Nationalsozialistischen Partei ein. Die Aufbringungssteuer wird halbiert. Die grossen Vermögen haben nicht mehr 200 Millionen Mark, die das Kabinett Brüning gefordert hatte, zu zahlen, sondern nur 100 Millionen Mark. Ein echtes rechtes Steuergeschenk für die Grossen!

Nun aber die Kleinen! Der Reichsfinanzminister des Kabinetts Brüning, Dr. Dietrich, hat sich im vorigen Jahr durchgesetzt, dass solche Geschäftsleute, die pro Jahr nur einen Umsatz bis 5 000 Mark erzielen, von der Umsatz-

steuer befreit bleiben. Man muss sich darüber klar sein: diese Regelung des Kabinetts Brüning war eine grosszügige Hilfsaktion für das Gewerbe und den Handel. Zwei Prozent Umsatzsteuer - das macht für die umgesetzte Mark wenig aus. Aber für das ganze Jahr summieren sich die Posten. Der kleine Handwerker und der kleine Geschäftstreibende werden die Erleichterungen, die das Kabinett Brüning gewährte, zu schätzen gewusst haben. Vielleicht sind sie damit über das Größte hinweggekommen. Damit hat das Adelskabinett Schluss gemacht. Auch der Umsatz bis 5 000 Mark hat Umsatzsteuer zu zahlen. Dazu tritt noch eine weitere Verschärfung. Früher musste eine Umsatzsteuer von 0,85 % gezahlt werden. Heute sind es 2 %.

Die Regierung nimmt an, dass die neue Regelung der Umsatzsteuer bis 5 000 Mark Umsatz 150 Millionen Mark erbringen wird. Es werden wohl rund 200 Millionen sein. Um der grossen und schweren Industrie, den Trusts und Konzernen, das Steuergeschenk von 100 Millionen Mark bei der Aufbringungssteuer machen zu können, werden die schwachen Schichten des Mittelstandes mit 200 Millionen Mark belastet. Was hätte es schon ausgemacht, wenn man die Grenze für die Aufbringungssteuer von 500 000 Mark auf 300 000 Mark gesenkt hätte? Wir sind der Auffassung, dass derjenige, der ein Vermögen von 300 000 Mark versteuert, leichter eine Steuer entrichten kann, die nach Tausendstel abgeschätzt wird, als der kleine Handwerker und kleine Händler, der nach Prozenten zahlen muss.

Das sind direkte Härten. Dazu kommen die indirekten Härten. Durch die neue Nazinotverordnung wird das Volkseinkommen abermals um 1,5 Milliarden Mark gekürzt. Das werden wir bald in unserer Wirtschaft, das werden wir bald in unserm Geschäftsleben merken. Man wird sich weiter einschränken müssen. Die Abwanderung von der besseren Qualität zu der schlechteren Qualität wird eintreten. Wer sich bisher noch einen Anzug kaufen konnte, wird darauf verzichten müssen. Wer kann sich noch mit ruhigem Gewissen ein Glas Bier oder eine Zigarre leisten? Immer heisst es, die Ausgaben dem gekürzten Einkommen anzupassen. Dabei bleibt wenig übrig für den Genuss einer Zigarre oder eines Glases Bier. Ueberall wird man die Einkommenschrumpfung merken.

Die Zeiten sind auch vorbei, wo man verringerten Umsatz durch höhere Preise ausgleichen konnte. Es ist sogar anzunehmen, dass gerade die kleinen Geschäftsleute die wiedereingeführte Umsatzsteuer tragen müssen, weil die Preise ja einen Aufschlag nicht mehr erlauben - Kurz und bündig gesagt: das Geschäftsleben erhält einen neuen Knacks. Handel und Wandel werden weiter stocken. Die Zahl der Konkurse wird steigen. Unzählige Existenzen werden durch die unverständige Steuerpolitik der Adelspolitik vernichtet.

So hat Adolf Hitler die Chance, etwas für den Kleinen zu tun, ausgenutzt. Soweit die Kleinen an ihn glaubten, sind sie gröblich belogen und betrogen worden. Hitler - das zeigt die neue Notverordnung - hat für die Kleinen nichts übrig, ist kein Mann des Volkes. Er hat seine politische Macht für die Grossen eingesetzt, die seine Bewegung bezahlen und die ihn gross gemacht haben. Diese Leute fordern heute von Hitler die Gegengabe, Denn umsonst gibt auch der Jude nichts.

SPD. In der Agrarpolitik wollen die Ueberraschungen nicht abreißen. In den nächsten Tagen schon wird eine Besprechung beim Reichsernährungsminister stattfinden, in der nach Massnahmen gesucht werden soll, um die Getreidepreise zu steigern. Eine diesbezügliche Forderung in dringender Form hat der Reichslandbund an den neuen Reichsernährungsminister gestellt.

Die Dinge liegen so, dass die Inflationshausse an den deutschen Produktenbörsen, die mit der Hausse an den Wertpapiermärkten einsetzte, nicht lange vorgehalten hat. Die Preistreiber auf den Getreidemärkten sind nun einmal in diesen Tagen von ausgesprochenem Pech verfolgt. Mit dem Ende der Inflation

tionshausse fiel ein äusserst günstiges Getreidewetter zusammen. Man rechnet, zum mindesten für Deutschland, mit einer äusserst guten Getreideernte. Gegen den Wettergott ist auch nichts zu machen. Umfangreiche Getreideernten müssen natürlich auf den Preis drücken und das trat auf den Getreidebörsen in den letzten beiden Wochen ein. Von Tag zu Tag ergaben sich sowohl für Roggen als auch für Weizen und besonders für die späteren Lieferungen ganz erhebliche Abschlüge. Diese Preisabflachung konnte natürlich nicht ohne Wirkung bleiben. Es stellte sich angesichts dieser Preisentwicklung nämlich heraus, dass die Landwirte, die vor etwa vier bis sechs Wochen ihr Getreide verkauften, richtig spekuliert hatten. Sie haben noch die Höchstpreise für Getreide erzielt. Dagegen sind die Landwirte, die im Juni und Juli, kurz vor der Ernte, mit noch höheren Preisen rechneten und nicht verkauften, gründlich reingefallen. Der Wettergott hat ihnen einen Strich durch ihre Rechnung gemacht. Auch hat sich ohne Zweifel herausgestellt, dass die Getreidevorräte in der Hand der Landwirtschaft der ersten Hand grösser sind als man angenommen hatte. Der nun ängstlich gewordene Landwirt wirft jetzt seine Ware auf den Markt. Das drückt weiter auf die Preise.

Was also an den Getreidemärkten gegenwärtig vorgeht, ist ein ganz natürlicher Vorgang. Die Grossagrarien wollen sich aber mit diesem natürlichen Vorgang nicht abfinden. Wofür hat man denn schliesslich "seine" Regierung und "seinen" Reichsernährungsminister? So ist es zu den Bestrebungen und zu den angesetzten Besprechungen im Reichsernährungsministerium gekommen, auf die wir oben hingewiesen haben. Ziel dieser Besprechungen ist: Getreidepreissteigerung auf jeden Fall! Das hohe Preisniveau für Getreide soll gehalten werden, ohne Rücksicht auf die Verbraucher und auf die Bäcker, deren Verdienstspanne natürlich bei steigenden Getreide- und Mehlpreisen immer weiter schrumpfen muss.

Interessant sind nun die Mittel, die man für die weiteren Preissteigerungen einsetzen will. Sie gehen vorzugsweise dahin, dass der Reichsernährungsminister eine weitere Weizeneinfuhr nach Deutschland sofort abstoppt. Man rechnet damit, dass mit Verknappung der Weizenversorgung die Getreidepreise dann allgemein gehalten werden können. Nun liegen die Dinge einmal so, dass die Weizeneinfuhrkontingente schon verteilt sind. Eine Unterbindung der Einfuhren ist hier technisch unmöglich und wird wirtschaftlich auch nicht so billig sein. Andererseits genügend die gegenwärtigen Weizenbestände in Deutschland nicht. Nach einer Erhebung des Statistischen Reichsamts, die am Mittwoch veröffentlicht worden ist, machen die Weizenbestände in Deutschland im Monat Mai bei Mühlen und Bäckern usw., also die Bestände der sogenannten zweiten Hand, 318 000 Tonnen aus gegen 355 000 Tonnen im April und 452 000 Tonnen im Monat März. Die Abnahme in den Weizenbeständen hat sich also verlangsamt. Immerhin ist aber eine Menge abgegangen, die etwa dem Bedarf für einen halben Monat entspricht. Das beweist die Unmöglichkeit, die Weizeneinfuhr abzustopfen. Tut man es, dann riskiert man grundlos eine Brotpreissteigerung.

Amtlicher Milchpreis.

SPD. Die Preise für Milch, die nach Berlin zur Lieferung gelangt, betragen je Liter frei Berlin: Für A-Milch für die Zeit vom 17. bis 23. Juni 13,75, für tiefgekühlte A-Milch 14,25, für B-Milch 8,50, für tiefgekühlte B-Milch 9, für molkereimässig bearbeitete Milch 13,50. Die A-Milchmenge ist auf 78 % des A-Milchkontingents der einzelnen Lieferstellen festgesetzt.

Weiter schwach.

(Berliner Getreidebörse vom 15. Juni)

SPD. Die schwache Stimmung an der Berliner Produktenbörse hielt auch am Mittwoch an. Das Angebot der Landwirte war weiter gering; jedoch hielten sich auch die Käufer sehr zurück und die günstigen Ernteaussichten auf der einen und die Ungewissheit über die kommenden politischen Massnahmen auf der andern Seite liessen keine rechte Unternehmungslust entstehen. Infolgedessen konnten sich die Preise nicht behaupten und erfuhren erneut am Markte der Zeitgeschäfte wie auch am Promptmarkt Abschwächungen. Im Zeithandel gingen die Notierungen um 1 bis 2 Mark für beide Brotgetreidearten zurück, während die Notierungen für prompten Weizen um 2, für prompten Roggen um eine Mark herabgesetzt werden mussten. Auch der Mehlmarkt konnte sich in keiner Weise beleben. Die Käufer hielten sich sehr zurück. Die Forderungen der Mühlen lauteten zwar unverändert, jedoch zeigten sie sich namentlich bei Weizen entgegenkommend, sobald sich ernsthafte Käufer meldeten. Auch Hafer hatte schwache Tendenz. Die Eigner hielten an ihren Forderungen fest; jedoch konnten sich die Käufer nur schwer entschliessen, die verlangten Preise zu bewilligen:

	14.6.	15.6.
	(ab märkische Station in Mark)	
Weizen	251 - 253	249 - 251
Roggen	187 - 189	186 - 188
Futter- und Industrieroggen	165 - 171	164 - 170
Hafer	156 - 160	154 - 158
Weizenmehl	31,00 - 34,75	31,00 - 34,75
Roggenmehl	25,25 - 27,20	25,25 - 27,20
Weizenkleie	10,40 - 10,90	10,30 - 10,80
Roggenkleie	9,50 - 10,30	9,80 - 10,30

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen Juli 259½ - 259 (260), Sept. 228 - 227½ (229), Oktober 228½ - 228 Brief (229½), Dezember 233 - 232½ (234). Roggen Juli 183½ - 183 (184½), September 179½ - 178½ (180½), Oktober 179½ (181½), Dezember 183½ - 183 (185). Hafer Juli 160 - 159 (163), Sept. 144½ (146).

SPD. Der Verein Deutscher Maschinenbauanstalten meldet für den Monat Mai einen Rückgang der Aufträge und zwar im Inlands- als auch im Auslandsgeschäft. Während in den letzten beiden Monaten eine gewisse Belebung eingetreten war, ist das Geschäft gegenwärtig wieder auf den Tiefstand des Vorjahres zurückgeworfen worden, als die Finanzkatastrophe einsetzte.

Der Verein Deutscher Maschinenbauanstalten verweist darauf, dass die gegenwärtige Beschäftigung, etwa 30 % der Normalbeschäftigung, zur Hälfte auf dem Export beruht. Jeder störende Eingriff in den Aussenhandel müsste unter den gegenwärtig, aufs äusserste gespannten Verhältnissen eine Katastrophe für die deutsche Wirtschaft bedeuten und den wichtigsten Binnenmarkt der deutschen Landwirtschaft aufs schwerste bedrohen.

Diese Ausführungen der deutschen Maschinenbauindustrie zielen auf die wahnsinnigen Forderungen des Reichslandsbundes hin, die, wenn sie verwirklicht werden, den deutschen Aussenhandel zerschlagen müssen.

SPD. Die schwebende Schuld des Reiches ist von 1 799,2 Millionen Mark für April auf 1 829,8 Millionen Mark Ende Mai 1932 gestiegen.



Der Abbau der Arbeitslosenhilfe.

SPD. In den offiziellen Erläuterungen, die der Notverordnung der Regierung Papen-Schleicher beigegeben sind, wird die finanzielle Basis der Arbeitslosenhilfe folgendermassen skizziert: Es sei im Jahresdurchschnitt mit 5 950 000 Arbeitslosen zu rechnen, von denen nach der jetzigen Rechtslage 1 250 000 auf die Arbeitslosenversicherung, 1 800 000 auf die Krisenfürsorge, 2 150 000 auf die Wohlfahrtspflege und 750 000 auf die Nichtunterstützten entfallen sollen. Die hierzu nötigen Unterstützungsmittel würden einen Gesamtaufwand von 3,577 Milliarden Mark erfordern. Dies sei eine halbe Milliarde Mark mehr als im Vorjahr. Da dies untragbar sei, müsse der Mehrbetrag auf der Ausgabenseite eingespart werden.

Diese Ersparnisse sollen folgendermassen durchgeführt werden: In der Arbeitslosenversicherung sollen die Unterstützungsleistungen um durchschnittlich 23% gesenkt und nach sechswöchiger Bezugsdauer die Hilfsbedürftigkeitsprüfung eingeführt werden, wodurch sich ein Ersparnis von 188 Millionen Mark ergäbe. In der Krisenfürsorge soll unbeschränkt die Hilfsbedürftigkeitsprüfung eingeführt und ausserdem die Unterstützungsleistung um durchschnittlich 10% gesenkt werden, was ein Ersparnis von 117 Millionen Mark gleichkäme. Des weiteren sollen in der Krisenfürsorge die um 15% gesenkten Sätze der Wohlfahrtsunterstützung als Höchstsätze eingeführt werden; Ersparnis = 67 Millionen Mark. In der Wohlfahrtspflege ist demnach eine Unterstützungskürzung um durchschnittlich 15% vorgesehen, durch die 148 Millionen Mark erspart werden sollen. Die Gesamtersparnis beträgt also 520 Millionen Mark. Nach der vorgesehenen Neuregelung würden sich die Arbeitslosen alsdann folgendermassen verteilen: Auf die Arbeitslosenversicherung würden 1 170 000, auf die Krisenfürsorge 1 745 000 Millionen, auf die Wohlfahrtspflege 2 150 000 Millionen und auf die Nichtunterstützten 885 000 entfallen.

Die praktischen Auswirkungen dieser Massnahmen werden ungeheuerlich sein. Wenn die Leistungen einer Versicherung nach einer so geringfügigen Bezugszeit von 6 Wochen von dem Nachweis völliger Mittellosigkeit - und nichts anderes bedeutet die Prüfung der "Hilfsbedürftigkeit" - abhängig gemacht werden, wenn des weiteren die Sätze auf ein Niveau gesenkt werden, das erheblich unter dem Niveau des bisherigen Krisenfürsorgesystems liegt und den zukünftigen Satz der Wohlfahrtspflege nicht mehr übersteigt, so ist diese Versicherung damit praktisch zerschlagen. Die Arbeitslosenversicherung, diese heiss unkämpfte und vielleicht wichtigste soziale Errungenschaft der Nachkriegszeit ist zerstört. Das muss mit aller Deutlichkeit gesagt werden. Nach sechswöchigem Bezug ist der Empfänger "versicherungsmässiger Arbeitslosenunterstützung" nicht mehr anders gestellt, als der Wohlfahrtserwerbslose, denn abgesehen von dem Fehlen jeden Rechtsanspruchs führt ja die Prüfung der Hilfsbedürftigkeit und das in ihr vorgesehene Anrechnungsverfahren praktisch zu einer völligen Nivelierung der ursprünglich nach den Lohnklassen berechneten Sätzen auf die Sätze der Fürsorge, nur mit dem Unterschied, dass in den unteren Lohnklassen diese Sätze vielfach nicht einmal erreicht werden dürften. In Wirklichkeit wird also der grösste Teil des Beitragsaufkommens der Arbeitslosenversicherung das, nach dem bisherigen 6½%igen Beitrag errechnet, jährlich immer noch auf 1 083 Millionen Mark geschätzt wird, dem Versicherungszweck entzogen und zur

Deckung von Fürsorgeleistungen verwandt.

Was die durchschnittliche Kürzung der Arbeitslosenunterstützungssätze um 23% praktisch bedeutet, mögen folgende Zahlen beweisen: Bisher betrug der Durchschnittsunterstützungssatz pro Kopf und Monat in der Arbeitslosenversicherung 53 RM, wovon 4,24 Mark Sozialbeiträge abgingen, so dass ein Nettosatz von 48,76 Mark pro Kopf und Monat übrig blieb. Bei einer 23%igen Senkung wird dieser Nettosatz noch 37,34 Mark betragen.

Die Krisenfürsorge, deren Sätze für die Arbeitslosenversicherung übernommen werden, wird durchschnittlich um 10% gesenkt. Praktisch wird die Senkung der Sätze viel weitgehender sein, weil durch die Einführung des Begriffs der „Hilfsbedürftigkeit“ (im Sinne der kommenden Fürsorge) anstelle der bisherigen milderer Bedürftigkeitsprüfung die Sätze weiter nivelliert werden und ja ausserdem die gleichfalls um 15% gesenkten Wohlfahrtssätze nicht mehr übersteigen dürfen. Da die Wohlfahrtssätze als Höchstsätze vorgesehen sind, wird die tatsächliche Krisen- und damit auch die Arbeitslosenunterstützung in zahlreichen Fällen erheblich unter diesem Satz liegen. Ausgangspunkt der Unterstützungshöhe für alle drei Einrichtungen ist also schliesslich die Wohlfahrtsunterstützung, die, wie schon bemerkt, gleichfalls um 15% gekürzt wird.

Demit ist die Unterstützung der Arbeitslosen auf einem Niveau angelangt, das tiefer liegt als jemals seit der Demobilisierung. Den 6 Millionen Arbeitslosen, mit denen die Regierung rechnet, wird soweit sie überhaupt unterstützt werden, allenfalls die Armenpflege der Vorkriegszeit zuteil. In welchem Geist diese Armenpflege durchgeführt werden soll, beweist typisch die Bestimmung der Notverordnung, die die Prüfung der Hilfsbedürftigkeit den Gemeinden überträgt. Es wird nämlich dort vorgeschrieben, dass, soweit die Hilfsbedürftigkeit durch die Gemeinden verneint wird, der Vorsitzende des Arbeitsamtes an diese Beurteilung gebunden bleibe, dass er aber nicht an sie gebunden sei, soweit die Hilfsbedürftigkeit bejaht wird. Es kann demnach das Arbeitsamt die Unterstützung auch dann verweigern, wenn selbst die Gemeinde nach ihrer wahrhaftig bis ins Letzte gehenden Prüfung die Bedürftigkeit anerkannt hat.

Mit diesem ungeheuren Leistungsabbau nicht genug. Die durch ihn erzielten Ersparnisse von 520 Millionen Mark - sie werden unserer Schätzung nach wahrscheinlich noch höher sein - vermindert den geschätzten Gesamtaufwand auf 3 030 Millionen Mark. Da aber die Gemeinden entlastet werden sollen und ihr Anteil an den Gesamtkosten auf 680 Millionen Mark beschränkt werden soll, da das Reich seinerseits über den Reichszuschuss von 867 Millionen Mark nicht hinausgehen will, und die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung insgesamt 2 083 Millionen Mark einbringen, besteht nur eine Deckung für insgesamt 2 630 Millionen Mark. Die nunmehr noch fehlenden 400 Millionen Mark sollen daher durch Einnahmeerhöhungen beschafft werden. Was ist natürlicher, als dass auch diese neuen Lasten einseitig auf die Arbeitnehmer gelegt werden! Die unter der Regierung Brüning bereits in milderer Form geplante Beschäftigungssteuer wird unter dem Namen „Abgabe zur Arbeitslosenhilfe“ in schonungslosester Form eingeführt. Der Abgabe unterliegen alle Lohn- und Gehaltsempfänger, sowie Empfänger von Ruhegeld, oder ähnlichen Bezügen einschliesslich der Beamten. Die Abgabe beträgt bei einem Monatsgehalt bis zu 125 Mark = 1,5%, bis zu 300 Mark = 2,5%, bis zu 700 Mark monatlich für die ersten 300 Mark = 2,5% für den darüber hinausgehenden Betrag 5,75%, bis zu 3 000 Mark monatlich 5,75 vom Gesamteinkommen und über 3 000 Mark = 6,5% vom Gesamteinkommen. Soweit diese Abgabe die arbeitslosenversicherungspflichtigen Arbeitnehmer trifft - und sie trifft ja überwiegend gerade diese - handelt es sich praktisch dabei um nichts anderes, als um eine Beitragserhöhung zur Arbeitslosenversicherung, allerdings eine Beitragserhöhung, an der der Arbeitgeber nicht beteiligt wird. Für die Beamten, Angestellten und Arbeiter des Reichs der Länder, Gemeinden und sonstigen öffentlich-rechtlichen Körperschaften, deren Gehalt oder Lohn auf Grund der früheren Notverordnungen zu kürzen war, beträgt die Abgabe nur 1,5%. Die

Krisen-ohnsteuer geht in der Abgabe zur Arbeitslosenhilfe auf. Durch diese denkbar unsoziale Steuer sollen die fehlenden 400 Millionen Mark in den noch verbleibenden 9 Monaten des Rechnungsjahres 1932 hereingeholt werden.

Diese Darstellung gibt nur einen Teilausschnitt aus den zahlreichen rücksichtslosen Massnahmen, mit denen die Notverordnung in das Schicksal der mittellosen Bevölkerungsschichten eingreift. Kein ernsthafter Versuch der Arbeitsbeschaffung mildert den niederschmetternden Eindruck, den dieser Gewaltakt auf die Arbeitslosen machen muss. Nur die für den freiwilligen Arbeitsdienst eingesetzten 20 Millionen Mark lassen erkennen, welche Art von Arbeitsbeschaffung der Regierung besonders am Herzen zu liegen scheint.

SPD. In Mannheim fand dieser Tage der 30. Verbandstag des Deutschen Werkmeisterverbandes statt. Die Tagung, die von vielen Delegierten, ehren- und berufsamtlichen Mitgliedern des Verbandes und zahlreichen Gästen besetzt war, gestaltete sich zu einer wuchtigen freigewerkschaftlichen Willenskundgebung. Die Schicksalsstunde der Sozialpolitik, erklärte der Verbandsvorsitzende Buschmann-Düsseldorf in seinem Begrüßungswort, ist gekommen. Der Angriff auf das Tarif- und Arbeitsrecht, auf den Arbeitslosenschutz und die übrigen Zweige der Sozialversicherung hat begonnen und damit zugleich ein scharfer Kampf gegen die Gewerkschaften. Wir müssen uns noch mehr als bisher sammeln, engeraneinander schliessen und aktiv sein. Nicht schicksalsergeben, sondern schicksalgestaltend wollen wir in eine neue Periode der Gewerkschaftsarbeit eintreten.

Zuversicht und Kampfesmut - gerade angesichts der den Gewerkschaften drohenden politischen Gefahren - erfüllte auch die öffentliche Kundgebung des Verbandes im Mannheimer Nibelungensaal. Im Mittelpunkt dieser Kundgebung stand eine Rede des Vorsitzenden des AFA-Bundes, Siegfried Aufhäuser. Deutschland, betonte Aufhäuser, ist erwacht, und wer seit dem 31. Mai noch nicht erwacht ist, der ist um seinen guten Schlaf nicht zu beneiden. Wohin werden die neuen Chauffeure den Reichswagen führen? Die Tankstelle ist bereits von Weimar nach Potsdam verlegt. Vielleicht werden auch gelegentlich die Wegweiser geändert und zwar in einer Richtung, die von der Weimarer Verfassung wegführt. Der Reichskanzler sprach von der "Verbundenheit der Arbeitgeber und Arbeitnehmer"; er meint damit das alte patriarchalische Verhältnis ohne Rechte für den Arbeitnehmer. In der Regierung ist nur der Adel vertreten, keine Gewerkschaft, nicht einmal eine ge'be. Es gibt aber nur einen Adel, den Adel der Arbeit. Wir kämpfen für den Wohlfahrtsstaat, den die Regierung beseitigen will, für die Wohlfahrt aller arbeitenden Menschen, für die Beseitigung aller wirtschaftlichen und politischen Privilegien, und in diesem Kampf begrüßen wir die Werkmeister als Bundesgenossen.

Der vom Verbandsvorsitzenden Buschmann erstattete Geschäftsbericht zeigt, dass die Mitgliederbewegung unter dem Druck der Krise naturgemäss rückläufig verlief. Die Zahl der tatsächlich Stellenlosen im Verband beträgt rund 23 000. Sehr umfangreich war der Rechtsschutz des Verbandes. 1931/32 wurden allein durch die Geschäftsstellen etwas über 3 Millionen Mark erstritten. Die Mehr- und Ueberarbeit ist noch immer nicht beseitigt. Den Sonntagsdienst eingerechnet, gibt es bei den Werkmeistern auch heute noch auf verschiedenen grösseren Werken Arbeitszeiten bis zu 280 Stunden monatlich. Hilfe in der Krisennot kann nur von einem Umbau der Wirtschaft in planwirtschaftlicher Richtung kommen, wie ihn der Afa-Kongress in Leipzig gefordert hat. Wenn auch die Reaktion stark und die Feinde zahlreich sind - wir sind voll Zuversicht, denn wir wissen, dass die Zukunft uns gehört.

Der Werkmeisterverband zahlte, wie aus dem Kassenbericht Schnörings hervorgeht, 1931 an direkten Unterstützungen 4,6 Millionen. Die Verwaltungs-

kosten blieben durch Sparmassnahmen in den beiden Berichtsjahren erheblich hinter den Voranschlägen zurück. Die enormen Unterstützungsleistungen bei stark verminderten Einnahmen führten zur Heranziehung des Verbandsvermögens. 1931 wurden 2,2 Millionen Mark mehr ausgegeben als eingenommen wurden. Das Vermögen des Verbandes sank in dieser Zeit auf 4,3 Millionen Mark.

Die sozialpolitischen Gefahren der Stunde beleuchtete Dr. Groner, der Leiter der sozialpolitischen Abteilung des Verbandes. Der Leiter der Wirtschaftspolitischen Abteilung des Verbandes, Kurt Heinig, gab ein interessantes Bild von dem Missbrauch der Gewerkschaften durch die Unternehmer. Wenn der Unternehmer nicht mehr weiter weiss, holt er sich den Betriebsrat und sucht Verbindung mit der Gewerkschaft, die ihm dann zu Hilfe kommen soll. Als es aber um die Konzernbildung ging, hat man die Gewerkschaftsfunktionäre nicht gefragt. Die Arbeitslosenunterstützung stellt, was vielfach übersehen wird, auch eine Rückversicherung für den deutschen Mittelstand dar. Denn das Geld wandert ja wieder in die Ladenkassen des Mittelstandes. Aber auch die Mittelständler hetzen gegen den Arbeitslosenschutz.

Die grosse Aussprache auf der Tagung verlief sehr lebhaft, trug aber durchaus einen einheitlichen Charakter. Besprochen wurden vor allem Probleme des Nachwuchses, der Beiträge, der inneren Organisation, der Werbungsarbeit und des engeren Zusammenschlusses der freigewerkschaftlichen Organisationen. Jeder Sprecher stellte aber die Notwendigkeit geschlossenen Abwehrkampfes in den Vordergrund.

Der Verbandsvorsitzende Buschmann konnte feststellen, dass grössere Beanstandungen nicht erhoben wurden. Die Zukunft des Verbandes werde sich voraussichtlich in kleinerem Rahmen abspielen; denn die Zahl der Werkmeister sei über die Hälfte zurückgegangen. In den organisatorischen Fragen, zum Beispiel beim Uebergreifen der Arbeitergewerkschaften in das Rekrutierungsgebiet des Verbandes, müsse mehr denn je der allgemeingewerkschaftliche Gesichtspunkt in den Vordergrund gerückt werden. Dem Vorstand wurde in seiner Gesamtheit einstimmig Entlastung erteilt.

In zwei längeren Entschliessungen einstimmig angenommenen Entschliessungen nahm der Verband zur Sozialpolitik und zum Tarifrecht Stellung. Der Verbandstag protestierte aufs schärfste gegen jeden weiteren Versuch, die Rechte der Versicherten in der Sozialversicherung zu schmälern, vor allem gegen Versuche, einen Leistungsabbau in der Angestelltenversicherung vorzunehmen oder deren Mittel für andere Zwecke zu verwenden. Das Kündigungsschutzgesetz für ältere Angestellte müsse unbedingt erhalten bleiben. Die volle Verantwortung für die neue Notverordnung falle auf die Regierung Papen und ihre Nazihintermänner. In der Entschliessung zum Tarifrecht wird gegen jeden Versuch, die Grundlagen des kollektiven Arbeitsrechtes zu zerstören, Verwahrung eingelegt.

Für die Zeit ab 1. Juli wurde der Verbandsbeitrag auf 4,50 Mark ermässigt. Die Aussprache über Unterstützung bei Stellenlosigkeit endete mit der Annahme eines Antrags des Verbandsvorstandes, wonach künftig ein Tagessatz von 1,30 Mark für Erwachsene und 20 Pfennig pro Kind zur Auszahlung kommen soll. Dem Verbandsvorstand wurde für eilige Fälle, besonders wenn die Gestaltung der Verbandsfinanzen eine Aenderung der Beiträge und Leistungen erforderlich macht, grössere Bewegungsfreiheit in der Frage der Satzungsänderungen bewilligt.

Der nächste Verbandstag wird 1934 in Düsseldorf abgehalten, wo der Verband entstanden ist.

In seinem Schlusswort betonte der Verbandsvorsitzende Buschmann, dass die Entwicklung zwangsläufig zur Verstärkung des gewerkschaftlichen Charakters des Verbandes dränge. Die Mitarbeit der Mitglieder sei hierzu besonders erforderlich, und so werde der Verband auch diese Notzeiten überstehen.

SPD. Der Bundesausschuss des ADGB hat zur Bekämpfung der Not der erwerbslosen Jugend einen bedeutsamen Beschluss gefasst. Er nahm einstimmig eine Reihe von Richtlinien über "Arbeitshilfe für die erwerbslosen Jugendlichen" an. Diese Richtlinien, die der Bundesvorstand ausarbeitete, sollen den Funktionären Anhaltspunkte für ihre Stellungnahme zum freiwilligen Arbeitsdienst geben. Sie behandeln im einzelnen die Frage der Arbeitsuchung, der Arbeitsgestaltung, der Arbeitsgebiete und der kollektiven Selbsthilfe.

Die Gewerkschaften - so erläuterte Spliedt in der Bundesausschusssitzung den Sinn und den Zweck der Richtlinien - halten an ihrer ablehnenden Stellungnahme zur Arbeitsdienstpflicht, wie sie von anderer Seite propagiert wird, unbedingt fest. In der Frage des freiwilligen Arbeitsdienstes dagegen bringen die Richtlinien konkrete Vorschläge, die eine Stellungnahme im Einzelfall ermöglichen. Bei der Arbeitsschulung handelt es sich um besondere Massnahmen insbesondere für die Schulentlassenen, die keine Lehre oder Arbeitsstätte finden können sowie für die beschäftigungslosen Lehrlinge und die arbeitslosen an- und ungelernten Jugendlichen. Für die erste Gruppe wird ein weiteres freiwilliges Schuljahr angestrebt, das als soziale Fürsorgemassnahme aufzufassen ist und deswegen nicht mit schulorganisatorischen Fragen in Verbindung gebracht werden soll. Die Wahl zwischen mehreren Weiterschulungsmassnahmen, bei denen in gleicher Weise Einrichtungen der Volkshochschule oder der Berufsschule ins Auge zu fassen sind, muss den Eltern vorbehalten bleiben. Für die beschäftigungslosen Lehrlinge wird an die Errichtung von Sammellehrwerkstätten gedacht, wobei in erster Linie die Werkstätten der Berufsschulen zur Verfügung zu stellen sind. Erforderlichenfalls sind auch lehrstehende Fabriken, Betriebe, Werkstätten, Bauplätze usw. zu benutzen. Für die arbeitslosen an- und ungelernten Jugendlichen soll ein zusätzlicher Berufsschulunterricht über die durch Ortssatzung festgelegte Wochenstundenzahl eingeführt werden. Selbstverständlich müsste in diesem Rahmen auch für die Allgemeinbildung und sportliche Betätigung Sorge getragen werden.

Was die Arbeitsgestaltung angeht, so muss bei der Organisation und Durchführung der Arbeitshilfe für die erwerbslose Jugend die Beteiligung der Gewerkschaften sowohl an der zentralen als auch an der lokalen Verwaltung sichergestellt werden. Dass die Beschäftigung vorwiegend von erzieherischen und fürsorgerischen Zielen geleitet sein muss, bedarf keiner Begründung. Dementsprechend müssen Arbeitszeit und Arbeitseinteilung geregelt werden. Die Arbeiten müssen gemeinnützig und zusätzlich sein.

Die "kollektive Selbsthilfe" hat den Zweck, Jugendlichen Erwerbslosen in stillgelegten Fabriken und Werkstätten Arbeit zu verschaffen und mit Erzeugnissen dieser Arbeiten Arbeitslose zu versorgen.

Die Arbeitshilfe für die erwerbslosen Jugendlichen ist - das kam gegenüber kritischen Einwänden gegen den freiwilligen Arbeitsdienst in der Aussprache auf der Bundesausschusssitzung deutlich zum Ausdruck - ist eines der drängendsten Probleme der Zeit. Gegenüber der pessimistischen Beurteilung der Einflussmöglichkeiten der Gewerkschaften betonte Leipart, dass die Organisationen tatsächlich noch unzählige Gelegenheiten haben, ihren Einfluss auf eine sinnvolle Gestaltung des freiwilligen Arbeitsdienstes im Geiste der vom Bundesvorstand vorgelegten Richtlinien geltend zu machen.

Kunst und Wissen

UNTERHALTUNGSBEILAGE DES S.P.D.

Berlin, den 15. Juni 1932

Italienische Kleinstadt.*

SPD. Man kann nicht sagen, dass das weiter den Vorstellungen entspricht, mit denen uns bunte Reisesprosperkte in den italienischen Frühling locken. Prima vera italiana klingt entzückend; man sieht blauen Himmel und atmet den Duft unendlicher Blüten; aber die Wirklichkeit ist anders, denn seit Stunden regnet es. Und es gibt keinen Ausweg. Ich sitze hier fest in Rimini, der kleinen Stadt an der Adria. Ein ganzer Mittag liegt vor mir. Der ungewöhnlich grosse Bahnhof steht nahe bei der Stadt. Aber was nützt mir das, wenn es Bindfaden regnet! Alle Viertelstunde pendelt eine Strassenbahn vorbei; sie verbindet die Stadt mit dem Strand, an dem sich bei schönem Wetter im Sommer ein Badeleben abspielt. Schliesslich steige ich ein, sage dem Schaffner, ich wolle bis zur Endstation fahren; und die Stadtverwaltung ist so tüchtig, das Ende gerade dort hin zu legen, wo man am besten eine Stadtwanderung beginnt: auf den Hauptplatz. Ein pompöses modernes Theater schmückt ihn. "Der Kunst und dem Volke" ist mit grossen Lettern eingemeisselt. Es steht gewaltig und repräsentativ da. Die Regierung hat es offenbar der Stadt geschenkt, weil man auch einmal etwas für Rimini tun musste. Im übrigen verstärkt es nur den städtebaulich unorganischen Eindruck dieser Stadt. Tradition ist kaum mehr da. Einige verfallene Paläste zeugen von der verschwundenen Pracht jener Condottieri, die den Krieg ebenso liebten wie die Frauen und die Kunst. Hier lebte und starb von der Hand ihres Schwagers Francesca da Rimini, der Dante im 5. Gesang des "Inferno" Verse gewidmet hat, die zu den wenigen gehören, die man aus dem unendlichen Epos behält. Noch weiter zurück in die Vergangenheit führt uns die Porta Romana, ein dem Augustus zu Beginn unserer Zeitrechnung erbauter Triumphbogen, der etwas seltsam und überraschend neben kleinen Proletarierhäuschen steht.

Denn Rimini ist eine Proletarierstadt. Die grossen Geschlechter der Renaissance sind ausgestorben; die Masse ist geblieben und treibt Seidenweberei oder Fischfang. Oder sie sitzen in den dumpfen, nach der Strasse zu offenen kleinen Werkstätten und basteln und kantieren, sofern sie nicht politische Dispute mit jener Vorsicht ausfechten, die im Lande Mussolinis ratsam ist. Eine Menge kleiner Geschäfte ist da mit bunten Tüchern, wie sie die Landleute Umbriens und der Romagna lieben, und dann, nicht minder auffallend, eine ganze Menge Fahrradhandlungen. Vielleicht redelt man hier besonders gern; was nicht ohne historische Berechtigung wäre: denn in Rimini mündet die berühmte uralte Via Flaminia, im Jahre 220 v. Chr. angelegt, direkter Zufahrtsweg von Rom nach dem Norden, der Po-Landschaft zu, wichtige strategische Verbindung in zwei Jahrtausenden.

Zwei Flüsse umspülen die Stadt. Sie führen graugelbes Wasser. Hier ist die Stelle, wo der Heilige Antonius den Fischen predigte, weil das Volk ihn nicht hören wollte. Ob die Riminianer heute frömmere sind, weiss ich nicht. Die Zahl der vorhandenen Kirchen beweist nur, dass hier ein Bischofssitz war; sogar ein Konzil tagte einmal in Rimini. Jedenfalls geben sich die Leute heute in weniger freundlicher Weise mit den Fischen ab als der Heilige Antonius; denn auf dem Flusse liegen Fischerkähne, und eben zieht einer der Fischer das Netz hoch. Es hat, von vier Stäben eingefasst, die Form eines etwa zwei Meter langen Quadrats, von dessen Enden gebogene Stangen nach oben zusammenlaufen. Von dort geht ein Seil nach einer Rolle, die an einem schiefen Maste

des Kahnes angebracht ist. Der Fischer sitzt im Boote, lässt die Leine über die Rölle laufen; das Netz sinkt langsam ins Wasser; nach einer Weile zieht er wieder hoch, und wenn er Glück hat, zappeln in dem Netz ein paar Fische.

Es fängt wieder an zu regnen. In solchen Fällen ist das Kino der Ort, wo man seine Zeit am besten totschiagen kann. Der Raum ist gross, sehr primitiv, selbst wenn man nicht an die protzige Aufmachung deutscher Kinos denkt. Dafür aber sind die Plätze erstaunlich billig. Es wird ein stummer Film gespielt, irgendeine Geschichte, in der ein hübscher italienischer Graf ein armes, aber noch hübscheres Mädcl nach Ueberwindung verschiedener Missverständnisse heiratet. Dieser verlogene Kitsch floriert also in Italien genau so wie bei uns, denke ich, bis eine Szene kommt, die in einem Restaurant spielt, und siehe da: an der Wand hängt ein deutsches Plakat! Woraus wieder einmal zu ersehen ist, dass die deutsche Filmindustrie des Herrn Hugenberg garnicht so erpicht darauf ist, ihre Erzeugnisse hundertprozentig national zu exportieren. Man frisiert auf italienisch, sehr gern sogar, wenn nur das Geschäft blüht. Das kleine Plakat im Hintergrund, ein paar Meter lange zu sehen, fällt überhaupt nicht auf. Ich zünde mir befriedigt die letzte der geschmuggelten Zigaretten an; ich habe sie für besondere freudige Momente aufgehoben, und was ist erfreulicher als nationale Demaskierung; denn in diesem Kino ist das Rauchen erlaubt; und dann stelle ich fest, dass niemand so international ist wie die Nationalisten, wenn der Profit winkt. Ecco!

Es wird Abend, und ich pendle wieder dem Bahnhof entgegen, esse dort gut und billig: Maccaroni mit viel, viel Käse, denn der steht in Italien auf dem Tische wie bei uns der Senf. Dann bestellte ich mir einen Nachkommen jener Geschlechter, denen einst St. Antonius predigte. Knusprig in Oel gebraten bringt man ihn. Zuletzt gibt es noch Obst. Dazu trinke ich einen guten Landwein. So geht auch dieser Nachmittag zu Ende, und der Zug kommt, der durch Nacht und Regen vielleicht in einen sonnigen Tag des südlichen Italien fährt.

R.G. Haebler.

Jimmie desertiert nach USA.^x

SPD. Eigentlich heisst er gar nicht Jimmie, sondern gut deutsch Kurt. Aber alle nannten ihn Jimmie, weil er so amerikanisch aussah und ein dickes, gutmütiges Gesicht hatte. Er machte sich nichts daraus, dass ihn alle Leute Jimmie nannten; im Gegenteil, es schien ihm Spass zu machen, denn er lächelte stets darüber.

Als Jimmie seine Lehrzeit bei einem Schlachtermeister beendet hatte, stand Deutschland im Zeichen der Geldentwertung. Arbeit war in Hülle und Fülle vorhanden. Nur das Geld... aber das weiss jeder ja selber noch genau, wie es war. Jimmie konnte bei seinem Krauter als Gehilfe weiter arbeiten, aber er wollte nicht. Kurzerhand fuhr er nach Hamburg und liess sich auf einem Frachtdampfer anheuern. Das Schiff machte Ostasienreisen. Die Heuer wurde den Seeleuten in Devisen ausgezahlt. Deutsche Mark nahm im Ausland kein Mensch. Als Jimmie zwei Reisen als Bordschlachter gefahren hatte, bekam er eine Reise nach USA. New York war das Ziel. Das war ein Job für Jimmie; darauf hatte er nur gewartet. Er machte es wie so viele Seeleute. In New York stieg er aus. Das bedeutet, dass er seine sämtlichen Habseligkeiten und Papiere an Bord lasse musste, denn sonst wäre er nicht an Land gekommen. Viel Geld hatte er auch nicht. Die Kapitäne wussten genau, wie ihre amerikasehnsüchtigen Seeleute es anfangen, und sie suchten es nach Möglichkeit zu verhindern, dass die Männer ausstiegen, indem sie die Heuer festhielten, bis der Heimathafen wieder erreicht war. Nur einen geringen Vorschuss konnte man bekommen.

Jimmie hielt sich in New York nicht lange auf. In dergleichen Nacht, in der er ausgestiegen war, löste er sich eine Fahrkarte bis zur nächsten grossen Eisenbahnstation. Sein Sprachschatz genügte fürs erste vollauf. Bei einem deutschen Farmer arbeitete er in der Maisernte für wenig Geld. Nach der Ernte walzte Jimmie weiter. So kam er nach Chicago, der Stadt der grossen Schlachtereien. In einer dieser riesigen Fleischfabriken bekam Jimmie Arbeit. 1 800 Schweine musste er in acht Stunden abstechen. Später wurde er in eine andere Abteilung gesteckt, wo er mit drei Schlägen ein Schwein zerlegen musste. Die hässlichste Arbeit, die sonst nur Schwarze machten, trug man Jimmie auf. Er war ja ein Grünhorn, konnte nicht einmal richtig sprechen. In der ersten Zeit fiel er wie ein Toter auf sein Lager, wenn er seine Zeit um hatte. Als er sich aber eingewöhnt hatte, kam ihm der Sinn nach Abwechslung. Eines Sonntags besuchte er eine Tanzfestlichkeit. Dabei hatte er das Pech, dass die Polizei ihn aufgriff. Die Frage nach Papieren musste Jimmie natürlich verneinen. Durch irgendeinen Umstand konnte er aus den Klauen der Polizeimänner entkommen. In die Fabrik getraute er sich nicht mehr. Wieder schnürte er sein Bündel und wanderte weiter. In einer kleinen Stadt des Westens suchte man Giessereihilfsarbeiter. Jimmie erklärte, sein ganzes Leben lang nur in Giesereien gearbeitet zu haben, und konnte anfangen. Die Firma wusste vielleicht ganz gut, dass Jimmie einen Kupolofen nicht von einem Teerfass unterscheiden konnte, doch darauf kam es ihr nicht an. Jimmie brauchte keine Fachkenntnisse; er sollte ja keine Schiffszylinder formen. Dagegen musste er von Morgens bis Abends Roheisen schleppen und in den gefrässigen Ofen werfen. Er brauchte nicht darüber nachzudenken, ob das Eisen auch richtig gemischt wurde. Da lagen in grossen Stapeln die grauen Eisenblöcke mit den rissigen Kanten. Diese Stapel waren genau eingeteilt, sodass Jimmie sich nicht versehen konnte. Vielleicht wäre Jimmie in der Eisengiesserei noch einmal Vorarbeiter geworden, wenn nicht der Neger Jonathan gewesen wäre. Dieser Schwarze mochte den grossen Deutschen nicht leiden und hänselte ihn, wo er konnte. Jimmie liess ihn erst gewähren. Aber als es ihm eines Tages zu toll wurde, schlug er den Neger mit einer Eisenstange so, dass Jonathan umfiel und keinen Laut mehr von sich geben konnte.

Diesmal musste Jimmie Hals über Kopf die Stadt verlassen. Er reiste weit fort und ging in einen andern Staat. Aus Furcht vor Strafe führte er das Leben eines Strolches. Er wagte es nicht, irgendwo um Arbeit anzufragen. Lange konnte sein Körper dieses Leben nicht aushalten. Verlumpt und ausgehungert fand ihn eines Nachts ein schottischer Farmer auf der Landstrasse. Der Mann nahm ihn mit in sein Haus und pflegte ihn gesund. Nachher arbeitete Jimmie auf der Farm seines Beschützers. Ueber ein Jahr blieb er dort. Er konnte seiner Mutter schon ab und zu ein paar Dollar schicken. Nun interessierte sich der Polizeichef des Distrikts aber für Jimmies Einwanderungspapiere. Natürlich konnte Jimmie damit nicht aufwarten. "Tut mir leid, Boy, dann musst du verschwinden. Sei froh, dass ich dich nicht abschiebe!" sagte der Polizeichef. Der Schotte versuchte gar nicht erst, seinen Deutschen zu halten, weil er wusste, dass es sinnlos war. Jimmie wanderte weiter. Er kam durch fast alle Staaten der USA. Und eines Tages stand er wieder in der Strassenschluchten von New York. Hier dachte er aber untertauchen zu können. Arbeit fand er sofort bei einem Schlachter, der 36 Gehilfen und Arbeiter beschäftigte. Jimmie war mittlerweile ein waschechter Yankee geworden. Er sprach sein amerikanisches Englisch mit mehreren Dialekten und kleidete sich, als sei er geborener Yankee, ein "Hundertprozentiger".

Zwei Jahre lang arbeitete Jimmie bei seinem Chef. Dann liess er sein Mädels aus Deutschland einwandern. Geld hatte er genug verdient, um heiraten zu können. Die Zeit, seitdem er "ausgestiegen" war, lag weit hinter ihm. Er dachte an keine Gefahr mehr. Bis die amerikanische Einwanderungsbehörde ausgerechnet hatte, dass in den Staaten soundsoviel tausend Einwanderer nicht

Ellis Island, über die "Träneninsel", eingewandert seien. Ein Heer von Polizisten wurde aufgeboten, um alle unechten Einwanderer auszubooten. Jimmie wusste, was es bedeutete, wenn man ihn erwischte. Kurzerhand löste er eine Fahrkarte dritter Klasse und fuhr nach Deutschland zurück. Seine Frau hatte in New York ein kleines Geschäft angefangen, das es ihr ermöglichte, ohne Not durch die Zeit zu kommen. Jimmie kam gut in Deutschland an. Nachdem er seine Besuche gemacht hatte, wandte er sich an das zuständige Konsulat in Bremen, um Einwanderungspapiere zu bekommen. Jetzt begann für ihn eine Zeit, die all das, was er in seiner Wanderzeit hatte durchmachen müssen, in den Schatten stellte. Jimmie hatte einen Kampf gegen die Bürokratie aufgenommen, bei dem er von vorn herein im Nachteil war. Die Bürokratie war heimtückisch. Man sagte ihm nicht, dass man ihn in USA nicht haben wollte, aber er merkte es. Nichts konnte man ihm nachweisen. Geld hatte er drüben; einen Bürgen hatte er, seine Frau, die ordnungsgemäss eingewandert war; kurz, nichts fehlte. Und doch machten die Leute ihm unendliche Schwierigkeiten. Peinlich genaue ärztliche Untersuchungen konnten keinerlei Krankheitserscheinungen bei Jimmie feststellen, aber immer wieder musste er sich dem Arzte stellen. Hatte er einen Bankauszug seines Vermögens vorgelegt, dann fehlte wieder irgendein anderes Papier. Durch Kabeltelegramm oder durch Briefe forderte Jimmie von seiner Frau das verlangte Papier. Dann fuhr er wieder zum Konsulat. Jetzt war der Bankauszug wieder veraltet. Die Konsulatsmenschen sagten, inzwischen könne das Geld ja längst abgehoben oder die Bank verkracht sein. Man fragte ihn, ob er denn in New York sofort wieder Arbeit haben würde. Das konnte Jimmie bejahen, denn sein Chef wollte ihn sofort wieder einstellen. Darin fanden die Leute vom Konsulat wieder ein Haar. Sie meinten, Amerika habe selbst Arbeitslose genug; es sei nicht statthaft, dass sein Chef ihn vorziehe. Eine Bescheinigung musste her; in der der Chef erklärte, dass er nicht daran denke, Jimmie einzustellen. So ging es hin und her. Genau acht Monate nach seiner Ankunft in Deutschland bekam Jimmi endlich die Einwanderungserlaubnis. Mit dem nächsten Dampfer fuhr er von Cherbourg aus hinüber. Diesmal als ordentlicher Einwanderer über die Träneninsel. Im nächsten Monat will Jimmie die amerikanische Staatsbürgerprüfung machen. Dann ist er vollwertig.

Heinz Jacobs.

Der "Bückerburger" Bach.^x

SPD. Der vor 200 Jahren - am 21. Juni 1732 - geborene Johann Christoph Friedrich Bach hat in der Geschichte der Musik nicht die Bedeutung seiner Brüder erlangt. Als Neuerer, als Originalschöpfer sind ihm der "Londoner" Johann Christian (mit dem Friedrich oft verwechselt wurde), der "Hallische" Wilhelm Friedemann, der "Hamburger" Karl Philipp Emanuel weit überlegen. Aber auch dieser "Bückerburger" trägt den Namen Bach zu Ehren, und Johann Sebastian ist sein einziger Lehrer gewesen. So ist es von selbst verständlich, dass der Sohn auf allen Gebieten des kompositorischen Handwerks zu Hause ist, ein Praktiker von unfehlbarem Instinkt, dabei ein phantasiebegabter, einfallreicher. 1750 kam der Achtzehnjährige nach Bückerburg als Kammermusiker des Grafen Wilhelm, dessen Sinn und Verständnis für musikalische Fragen bedeutend war. Er regte den Komponisten Friedrich Bach zu einem "Vielerley" an Quartetten, Sonaten, Konzerten an. Stärker aber noch und entscheidender war die geistige Zusammenarbeit Friedrich Bachs mit Herder. Dieser versuchte, seine Theorien über eine Reform der geistlichen Dichtung in der Praxis Bachischer Aufführungen und Bachischer Kompositionen zu überprüfen und zu vollenden. Die Sehnsucht nach einer neuen Verbindung von musikalischem und dichterischem Aus-

Ausdruck, das Streben, in "poetischer Kantaten=Dichtung" die rechten Wege von Deklamation, Gefühl, Empfindung, Gesang zu treffen, fanden ihren Niederschlag in den biblischen Gemälden, die Herder dichtete, Friedrich Bach in Musik setzte: "Die Kindheit Jesu", "Die Auferweckung des Lazarus" und andern liturgischen Arbeiten. Aus diesen gemeinschaftlichen Werken und aus ihrer Wirkung heraus entwickelte der sehr musikbegabter Herde seine Gesetze über Rezitativ, Oper, Drame. Für die biblische Kantate wollte er jede dramatische Geste ausgeschlossen haben; in der Oper aber (er schrieb 1774 einen "Brutus") sollte - im Gegensatz zu der Meinung des grossen Reformators Gluck - die Poesie der Musik Dienerin sein.

In der geistigen Zusammenarbeit mit Dichter und Fürst hat Friedrich Bach sehr viel gute Unterhaltungsmusik und die genannten Oratorien geschrieben, die eine spätere Einswerdung von Musik und Poesie ahnen lassen. Daneben aber entstanden selbständig 14 Symphonien, die, ohne dramatische Zuspitzung, in unbeschwerter Heiterkeit den bravourösen Techniker zeigen, der - ähnlich, wenn auch weniger durchdringend, wie Johann Christian - die Mannheimer Schule im Geiste von Stamitz fortführte. In diesen Symphonien steht manches Rondo oder Menuett, das den idyllischen Einfällen Haydns ähnelt. Die Kontrastierung von Themen, die Frische und Einfachheit mancher Themen, weisen über die Italiener, über Stamitz, über Christian Bach hinweg auf die Instrumentalkonzerte Mozarts. Ein grosser Verehrer von Händel, brachte Friedrich Bach Opernwerke des oratorischen Genius nach Bückeburg. Unter seinem Einfluss blühte das Musikleben seiner Heimat auf; was neu an Ausdruck und Technik zu seiner Zeit die Welt bewegte, das nahm er freudig auf und bildete es fort. Seine Musik ist von schlichter Art, von "Simplizität im Ausdruck", ist volkstümlich, gläubig, zuweilen von einer "Innigkeit des Gefühls", die ein Erbstück aller Bache war. Wir verstehen, dass der erste Nekrolog über Friedrich Bach (von Konsistorialrat Horstig) mit den Worten beginnt, dass der (1795) Verstorbene "eine Ehrensäule" verdient. In unsern Tagen hat Georg Schünemann das Werk und Leben des Bückeburger Bach musikalisch, historisch und charakterologisch aus der Kunst des 18. Jahrhunderts heraus scharf umrissen und einen Teil seiner Kompositionen neu herausgegeben. Es lohnt sich, sie in Auswahl zu hören.

Dr. Kurt Singer.

X

Das Antlitz des Krieges.

SPD. Es wäre empfehlenswert, Menschen, denen das Wort "Krieg" keinen inneren Abscheu verursacht, einmal für ein paar Wochen nach der Mandschurei zu senden. Dort kann man die neuesten Mordwaffen in Tätigkeit sehen; dort kann man ungefähr erkennen, wie ein Krieg heute aussieht. Vielleicht würden verschiedene Menschen nach solchen Erlebnissen nicht mehr so leichtfertig mit dem Gedanken an einen neuen Krieg spielen. Ein chinesischer Journalist sagte kürzlich: "In den Augen des Chinesen, des friedlichen Bürgers, ist jede Uniform gleichwertig mit einem Verbrechen und jeder Militärmarsch der Anfang vom Mord." Man kann diese Worte allzu gut verstehen, wenn man an das ständige Toben der eigenen und fremden Soldateska in China denkt.

Ein Sowjetjournalist weilte kürzlich in der Mandschurei. Es gelang ihm, unter grösster persönlicher Gefahr unbemerkt einen Vormarsch der Japaner durch die Mandschurei zu begleiten. Dieser Journalist schilderte seine Erlebnisse im Moskauer Rundfunk. Das Grauenhafteste, was sich ein Mensch denken kann, war die Schilderung eines japanischen Angriffs auf ein chinesisches Dorf. Hier konnte man die verheerende Wirkung neuester Kriegswaffen in vollem Ausmass beobachten. Panzerautos fuhren in das Dorf, ausgerüstet mit Funk-

anlagen. Mit diesen Funkanlagen setzten sich die Panzerwagen mit japanischen Bombenflugzeugen, die das Dorf überflogen, in Verbindung und gaben ganz genaue Anweisungen für die Bombenabwürfe, sodass jede Bombe ein furchtbarer Treffer war. Kein einziger Versager! Die Panzerautos schossen mit schweren Maschinen- gewehren neuesten Modells alles nieder. Selbst Häuserwände wurden von diesen neuartigen Kugeln durchgeschlagen, und eine chinesische Soldatenabteilung, die neue Stahlhelme ausprobierte, stellte mit Entsetzen fest, dass selbst die Ge- wehrkugeln der Japaner die Stahlhelme durchschlugen. Man schoss aber auch mit sogenannten Dynamitkugeln, deren Wirkung mörderisch ist. Auch die Flieger ver- wendeten Brandbomben und sogenannte "Kettenbomben" neuester Konstruktion. Furchtbar war auch die Wirkung der schweren Artillerie, die bei den Japanern ganz motorisiert ist und deshalb mit grösster Geschwindigkeit überall einge- setzt werden kann. Die chinesischen Truppen befanden sich in stetigem Rück- zug, aber die Wut der japanischen Militaristenhorden richtete sich genau so gegen die Zivilbevölkerung. Es war schon kein Krieg mehr, es war ein Preis- schiessen und Preisbombenwerfen der Japaner auf Zivilhäuser friedlicher Bür- ger!

Folgender Vorfall ist bezeichnend für das brutale Vorgehen der Soldateska. Eine Gruppe vollkommen friedlicher chinesischer Bürger stand auf einer Dorf- strasse und blickte ganz ruhig, ohne jede Aeusserung, auf den Vormarsch der Ja- paner. Da ging ein Flugzeug ganz weit herunter, und trotzdem die Insassen ge- nau sahen, dass hier nur eine Gruppe chinesischer Bauern stand, unter denen sich sogar Frauen befanden, schoss man mit einem Maschinengewehr von oben auf die Menschengruppe. In einem Augenblick wälzten sich die Menschen in ihrem Blute. Aerztliche Hilfe oder auch nur Sanitäter gibt es für die chinesische Bevölke- rung kaum, und ein russischer Arzt, der durch die Mandschurei reiste, sagte, dass die Durchschalchkraft der modernen, von den Japanern verwendeten Munition so furchtbar sei, dass auch die kleinste Verwundung dem Arzt einen Heilungs- prozess ungeheuer erschwere. Besonders "modern" und furchtbar in ihrer Wir- kung sind die Flammenwerfer und neuen Minenwerfer, die in der Mandschurei be- sonders viel eingesetzt werden. - So also sieht in Wahrheit der angebliche "Freiheitskampf" aus, auf den unsre wackeren Nazis mit ihrer vielgepriesenen "Wehrhaftmachung des Volkes" hinsteuern.

Nathan Gurdus.

Johannisfeuer. ^x

SPD. Dass am Johannistage, dem längsten Tage des Jahres, das Johannis- feuer angezündet wird, ist eine allgemein verbreitete Sitte. Allgemein be- kannt ist wohl auch, dass die Sitte auf das ursprünglich heidnische Fest des Sonnenwendfeuers zurpckgeht. Wenig bekannt ist jedoch, dass man in diesen Feu- ern, die nicht nur bei den Germanen, sondern auch bei andern indogermanischen Völkern entzündet wurden, ein sogenanntes "Notfeuer" zu sehen hat. Dies Not- feuer wurde bei beiden andern Völkern dadurch entzündet, dass man zwei Hölzer an- einander rieb, bis sie in Brand gerieten. Ein so entzündetes Feuer sollte dann eine reinigende Kraft besitzen. Auch in Deutschland hat man bis in das 19. Jahrhundert hinein auf diese Weise das Notfeuer entzündet. Man löschte zu- vor alle Herdfeuer aus und entzündete das Feuer im Dunkeln vor Sonnenaufgang oder nach Sonnenuntergang in feierlichem Schweigen. Die ganze Gemeinde ver- sammelte sich dabei. Der Rauch dieses Feuers sollte die Luft reinigen und Krankheit vertreiben. Menschen sprangen durch das Feuer, und Tiere wurden hin- durchgetrieben. Mitte der fünfziger Jahre des vorigen Jahrhunderts wurde in einem Orte in Braunschweigischen so das letzte Notfeuer entzündet. Ein Drechs-

ler trieb das Holz, bis Feuer entstand; jeder Besitzer brachte ein Bündel Stroh dazu; der Hirte trieb die Schweine hindurch und jeder nahm dann etwas Asche mit und streute sie den Schweinen ins Futter.

Eine seltsame Sitte erhielt sich auch in Dörfern des westfälischen Kreises Warburg. Dort zündet man in der Johannismacht auf den Kirchhöfen Kerzen an. In der Gegend von Jena nimmt man gern die welken Maien, um das Feuer zu entzünden. An manchen Orten schwang man auch Brände, die die Hexen vertreiben sollten. Die Kirche liess seinerzeit die heidnische Sitte fortbestehen, und, wie sie den Geburtstag Christi auf den Tag der Wintersonnenwende legte, so legte sie dann den Geburtstag Johannis des Täufers auf die Sommer Sonnenwende. Daher der Name "Johannistag" und "Johannisfeuer". Im Oberelsass verband man eigenartigerweise die Rekrutenaushebung mit dem Johannisfeuer. Die Burschen bildeten vorher Rekrutenvereine, deren Mitglieder dann besondere Vorrechte bei dem Johannisfeuer hatten, sich auch ein Mädchen wählen konnten, das ihnen am nächsten Sonntag einen Kuchen zu spenden hatte.

H.L.

An Adolf den Einzigen.^x

Sie lieben Verrat, doch nicht den Verräter.
Adolf Hitler, wir sprechen uns später.

Heil!

Du kriegst schon noch dein Teil!

Sie lieben die Hilfe, doch niemals den Helfer.
Sie prägen sich Macht aus deinem Gebelfer.

Heil!

Du kriegst schon noch dein Teil!

Sie liessen dich raufen und toben.
Du hast sie nach oben gehoben.

Heil!

Du kriegst schon noch dein Teil!

Sie sind jetzt auf deine Kosten
in Aemtern, auf Sesseln und Posten.

Heil!

Du kriegst schon noch dein Teil!

Sie nannten dich Volksbeglucker
und griffen selber zum Drucker.

Heil!

Du kriegst schon noch dein Teil!

Du halfst ihnen, aufzurücken.
Dich werden nach Hause sie schicken.

Heil!

Du kriegst schon noch dein Teil!

Alfred Thieme

Preussischer Landtag

6. Sitzung.

SPD. Berlin, den 15. Juni 1932.

Bevor das Haus in die Erledigung der Tagesordnung eintritt, bringt Abg. Kasper (Komm.) einen Antrag seiner Fraktion ein, der die Staatsregierung auffordert, die Steuern der neuen Reichsnotverordnung und die Kürzung der Beamtengehälter in Preussen nicht durchzuführen. Weiter fordert der Antrag Wegsteuerung aller Einkommen über 12 000 RM und Verwendung der dadurch freiwerdenden Mittel für die Erwerbslosenunterstützung. Die sofortige Behandlung des Antrages scheidet am Widerspruch der Deutschnationalen.

Der Landtag beschäftigt sich sodann mit einer Reihe von Ausschussanträgen. Die Beratungen werden zwecks Vornahme von Abstimmungen unterbrochen. Zunächst wird die namentliche Abstimmung über den Antrag der Kommunisten wiederholt, die in der letzten Sitzung des Landtages zur Beschlussunfähigkeit des Hauses geführt hatte. In dem Antrag wird die Staatsregierung ersucht, auf die Reichsregierung einzuwirken, die Zahlungen aus dem Youngplan und die Zins- und Tilgungszahlungen aus der Dawesanleihe einzustellen, die Reichsnotverordnungen aufzuheben und alle Zölle zu beseitigen. Es werden nur 205 Karten abgegeben. Das Haus ist also wiederum beschlussunfähig.

Präsident Kerrl beraumt auf sofort eine neue Sitzung mit dem Rest der Tagesordnung an.

In dieser neuen Sitzung werden die Abstimmungen fortgesetzt:

Die kommunistischen Anträge auf Aufhebung des Versammlungs- und Demonstrationsverbotes in Essen sowie auf Aufhebung des Verbots der Roten Jungfront und des Antifaschistenbundes werden abgelehnt.

Es folgt dann die Abstimmung über den kommunistischen Antrag auf Annullierung der Abfindungsverträge mit den Fürstenthümern, insbesondere den Hohenzollern und Landesverweisung des Kronprinzen und des Prinzen August Wilhelm von Preussen. Für die Ueberweisung des Antrages an den Hauptausschuss stimmen nur Sozialdemokraten und Zentrum. Bei der Abstimmung über den Antrag selbst stimmen nur die Kommunisten für den Antrag. Der Antrag ist also abgelehnt.

Der kommunistische Antrag über ein Verbot des Einsetzens der Polizei bei Streiks wird angenommen.

Mit den Stimmen der Kommunisten und der Nationalsozialisten findet der kommunistische Antrag Annahme, die Reichsregierung zu ersuchen, den Austritt Deutschlands aus dem Völkerbund zu vollziehen, und das preussische Staatsministerium aufzufordern, sofort alle Versammlungen und Kundgebungen unter freiem Himmel wieder zuzulassen. Angenommen wird auch der kommunistische Antrag, wonach das Staatsministerium die sofortige Aufhebung des Verbotes des "Thüringer Volksblattes" veranlassen soll.

Bei der Abstimmung über den weiteren Antrag der Kommunisten "Der Landtag fordert den sofortigen Rücktritt der Reichsregierung", ergibt sich erneut die Beschlussunfähigkeit des Hauses, da nur 177 Karten abgegeben wurden.

In der auf sofort anberaumten neuen Sitzung wird mit 241 Stimmen der Kommunisten und der Nationalsozialisten gegen 152 Stimmen der nat. soz. Antrag angenommen, anlässlich der Vorgänge beim Aufzug der Skagerrak-Wache den Berliner Polizeipräsidenten Grzesinski sofort zu entlassen, den Polizeikommandeur Heilmannsberg vor ein Disziplinargericht zu stellen sowie die schuldigen Offiziere ihres Dienstes zu entheben. Vorher war durch eine Mehrheit aus Kommunisten, Sozialdemokraten und Zentrum die Bestimmung des Antrages, dass auch die schuldigen Mannschaften ihres Dienstes enthoben werden sollten, gestrichen worden.

Ueber den nationalsozialistischen Antrag auf Erhebung der Anklage gegen die preussischen Staatsminister, die der Sozialdemokratischen Partei und der Deutschen Staatspartei angehören, vor dem Deutschen Staatsgerichtshof wird ebenfalls namentlich abgestimmt. Für die Annahme des Antrages ist eine Zweidrittelmehrheit erforderlich. Abgegeben werden aber 399 gültige Stimmen, davon 195 für und 204 gegen den Antrag. Die Kommunisten stimmten dagegen. Der Antrag ist damit abgelehnt.

Damit sind die Abstimmungen über die Anträge, die in der Sitzung des Landtags vom 3. Juni infolge der Beschlussunfähigkeit zurückgestellt wurden, erledigt.

Es folgt die zweite Beratung des vom Rechtsausschuss beschlossenen Amnestiegesetzentwurfs, der im wesentlichen auf einen nationalsozialistischen Antrag zurückgeht.

Justizminister Dr. Schmidt: In erster Linie muss ich eindringlich warnen vor einer allzu weitgehenden Ausdehnung der Amnestie. Die bisherigen Amnestiegesetze des Reichs und Preussens haben bis auf einen besonders gelagerten Fall im Reichstag davon abgesehen, Straffreiheit für die schwersten Verbrechen, wie schwere Körperverletzung, schwere Fälle von Raub und Verbrechen gegen das Leben zu gewähren. Es handelt sich dabei zumeist um Straftaten, die im Streit der Parteien von Volksgenossen gegen einander begangen wurden, und die die Öffentlichkeit auf das ernsteste beunruhigten und immer wieder zu einem dringenden Appell an Polizei und Justiz führten, mit aller Schärfe gegen diese Gewalttäter einzuschreiten. Derartige Straftaten seien für eine Amnestie nicht geeignet. Allein im laufenden Jahre seien mindestens 40 schwere Bluttaten dieser Art zur Kenntnis des Justizministeriums gelangt. Angesichts solcher Zahlen müsse der ernste Zweifel erlaubt sein, ob ausreichende Gründe beständen, mit dem bisherigen Grundsatz zu brechen, die schwersten Straftaten, besonders die Tötungsdelikte, aus Amnestiegesetzen herauszunehmen. Die Amnestierung so schwerer Straftaten kann nicht geeignet sein, der Aufrechterhaltung der Ruhe, Sicherheit und Ordnung sowie des Ansehens des Staats zu dienen. Ich kann die ernste Sorge nicht unterdrücken, dass die Amnestierung der Tötungsdelikte Hemmungen ausschalten muss, die in einer Zeit, in der die Neigung zur Missachtung des Lebens des politischen Gegners in bedauerlichstem Masse zunimmt, unentbehrlich sind und geradezu einen Anreiz für die Begehung weiterer gleichartiger Straftaten bilden kann. Insgesamt würden unter das Amnestiegesetz in seiner gegenwärtigen Form annähernd 39 000 Personen fallen. Unter diesen Verurteilten oder Beschuldigten befinden sich, was ich besonders hervorheben will, 525 Personen, die wegen Mordes oder Totschlags verurteilt sind oder verfolgt werden (lebh. Hört! Hört! im Zentrum und bei den Soz.), ferner 79 Personen, die wegen schwerer Körperverletzung, und 15 Personen, die wegen schweren Raubes sich strafbar gemacht haben. Rechnet man diese Zahlen auf, so ergibt sich, dass 619 Personen, denen besonders schwere Verbrechen zur Last gelegt sind, und bei denen, soweit sie rechtskräftig verurteilt sind, die erkannten Strafen nach den mir zugegangenen Meldungen zum Teil mehrere Jahre Gefängnis oder Zuchthaus von zwei bis zwölf Jahren betragen, unter den Straferlass fallen würden. Der Minister bittet um Annahme des Zentrums-Antrages, der vorschlägt, wenigstens die Verbrechen gegen das Leben und die schweren Körperverletzungen nicht zu amnestieren.

Ob das Gesetz zustandekomme, wann es in Kraft trete, lasse sich heute noch nicht sagen. Wenn der Landtag es in dritter Lesung beschliesse, dürfe das Staatsministerium es noch nicht gleich verkünden. Dann müsse erst der Staatsrat gehört werden, der das Recht des Einspruchs habe. Erst wenn der Staatsrat von diesem Recht keinen Gebrauch mache, sei der Entwurf Gesetz. Erst dann

könne die Regierung die Voraussetzung dafür schaffen, dass das Gesetz am Tage nach der Verkündung in Kraft trete. Zwischender Schlussabstimmung im Landtag und dem endgültigen Inkrafttreten, das gegebenenfalls noch von der Zustimmung einer Zweidrittelmehrheit des Landtags abhängen, lägen hiernach zwei bis drei Wochen. Für diesen ganzen Zeitraum wolle aber der Entwurf in der jetzigen Fassung Straffreiheit gewähren für alle Straftaten aus politischen Beweggründen, sogar für Verbrechen gegen das Leben. Danach würde also ein Zeitraum geschaffen bis zum Inkrafttreten des Gesetzes, in dem aus politischen Beweggründen Verbrechen gegen das Leben begangen werden könnten, ohne dass Täter eine Bestrafung zu befürchten hätte. Er wolle nur darauf hinweisen, dass diese Zeit, in der der Entwurf im voraus Strafflosigkeit für Verbrechen gegen das Leben zusichere, zusammenfalls mit der Vorbereitung der Reichstagswahl, also einer Zeit höchster politischer Erregung. Der Minister bittet daher, die Praxis aller bisherigen Amnestie-Gesetze zu beachten und einen Stichtag, z.B. den Tag der Schlussabstimmung im Landtag, einzusetzen.

Besondere verfassungsrechtliche Bedenken äussert der Minister dann gegen den im Ausschuss neu eingefügten § 6 a, wonach ein sogen. Amnestie-Ausschuss vom Landtag eingesetzt werden soll zur Nachprüfung der gerichtlichen Entscheidungen, die die Straffreiheit versagen, und zur völligen oder teilweisen Aenderung ergangener gerichtlicher Entscheidungen. Dieser Ausschuss solle also eine den ordentlichen Gerichten übergeordnete Instanz darstellen und die Entscheidungen der ordentlichen Gerichte nachprüfen und abändern dürfen. Mit dem Verfassungsrechtlichen Vorschriften, die auch Ausnahmegerichte für unstatthaft erklären, sei die Einsetzung eines Landtagsausschusses der erwähnten Art unvereinbar, denn er würde Funktionen übernehmen, die ausschliesslich ordentlichen Gerichten vorbehalten seien. Der erwähnte § 6a der Vorlage über den Amnestie-Ausschuss des Landtags stehe auch im Widerspruch zum Gerichtsverfassungsgesetz, denn die Länder seien nicht befugt, die dort reichsrechtlich geordnete Gerichtsorganisation zu durchbrechen.

Der Minister weist darauf hin, dass auch die Bestimmung verfassungsrechtlich nicht haltbar sei, die das Staatsministerium verpflichten wolle, dem Ersuchen des Ausschusses stattzugeben. Nach Art. 54 der preussischen Verfassung habe vielmehr das Staatsministerium nach eigenem pflichtgemässen Ermessen und mit eigener Verantwortlichkeit die ihm auch der Landtag nicht abnehmen könne, über die Gewährung von Gnadenurteilen zu entscheiden. Nach alledem sei zu besorgen, dass § 6a des Entwurfs sowohl vom Staatsgerichtshof wie auch vom Reichsgericht als mit den verfassungsmässigen Bestimmungen unvereinbar bezeichnet werden würde. Er empfehle daher, diesen Paragraphen ganz zu streichen, evtl. aber jedenfalls ihn im wesentlichen so zu gestalten, wie dies in dem preussischen Gesetz vom 26. Juli 1922 über die Gewährung von Straffreiheit geschehen sei. (Lebh. Beifall bei den Reg. Part.)

Abg. Muhs (Nat. Soz.) erklärt: Die Bedenken des Justizministers gegen die Amnestie sind nicht sichhaltig. Von Parteien, die eine Amnestie früher in jeder Beziehung befürwortet haben, wird heute behauptet, dass die Amnestie die Staatsautorität gefährden würde. Die Staatsautorität kann nicht durch eine Amnestie gefährdet werden, sondern einzig und allein durch die Mängel der Autoritätspersonen. (Sehr richtig! b.d. Nat. Soz.) Die Rechtssicherheit ist nach unserer Ansicht heute schon ziemlich restlos beseitigt, und es besteht überhaupt nicht mehr die Möglichkeit, nach dieser Richtung hin durch eine Amnestie noch etwas zu gefährden. Auch die Behauptung, dass die Amnestie den Terror fördern werde, ist nicht stichhaltig. Die Amnestie ist in dem Umfange, wie wir sie vom Landtag fordern, durchaus notwendig. Es ist bezeichnend, dass bis auf den heutigen Tag fast sämtliche Parteien, die nicht in der Regierung sassen, Amne-

stie verlangt haben. Daraus ergibt sich, dass die Parteien, die nicht in der Regierung sind, die Ueberzeugung haben, dass der bestehende Rechtszustand sich lediglich gegen sie richte. Von dem ehemaligen Justizminister Radbruch ist einmal behauptet worden, dass eine Amnestie nur Berechtigung habe, wenn sie am Anfang einer neuen Epoche stehe. Ich bin persönlich derselben Ansicht. Gerade aus diesem Grunde halte ich eine Amnestie jetzt für angebracht, da wir heute am Anfang einer neuen Epoche stehen. Wer die Zeichen zu deuten weiss, kann sich darüber keinem Zweifel hingeben! Die Behauptung des Justizministers, dass der beantragte Amnestieausschuss der rechtlichen Grundlage entbehre, ist lediglich eine juristische Spitzfindigkeit, um eine Hinausschiebung des Amnestiegesetzes zu erwirken. Wir sind nicht gewillt, durch derartige juristische Spitzfindigkeiten unsere SA-Leute und Parteigenossen länger im Gefängnis schwachen zu lassen. Wir haben deshalb einen Abänderungsantrag eingebracht, um diesen Einwendungen aus dem Wege zu gehen und eine Beschleunigung des Amnestiegesetzes herbeizuführen.

Abg. Kuttner (Soz.)

wendet sich dagegen, dass man über ernsthafte rechtliche Bedenken mit der Bemerkung hinweggehen wolle, auf solche Spitzfindigkeiten lassen wir uns nicht ein. Ich bin nicht der Ansicht, dass es sich bei diesem Gesetz um eine Rechtsfrage handelt. Tatsächlich liegt hier lediglich ein politischer Zweckmässigkeitshandel zwischen extremen Parteien vor, die die gegenwärtige Konjunktur, dass sie gemeinschaftlich die Mehrheit haben, ausnutzen wollen (Unruhe b.d. Nat. Soz.), um sich gegenseitig für begangene Straftaten Straffreiheit zu verschaffen (anhaltende Unruhe und Zwischenrufe b.d. Nat. Soz.). Im Ausschuss haben die Nationalsozialisten kein sachliches Wort der Begründung für das Amnestiegesetz gefunden. Hier im Plenum haben wir von Dr. Muhe gehört, das Amnestiegesetz sei diktiert von einer höheren Gerechtigkeit (Sehr richtig! b.d. Nat. Soz.) Vor vierzehn Tagen haben wir an dieser Stelle eine ganz andere Belehrung über den Begriff der höheren Gerechtigkeit erlebt (Unruhe b.d. Nat. Soz.) Vor vierzehn Tagen, am 3. Juni, hat nämlich Herr Dr. Freisler in einer Polemik gegen das Zentrum gesagt: "Ist das Christentum, dass man jahrelang organisierte Verbrechen ungestraft davonkommen lässt? Nein!" Freisler habe auch gesagt, dass das Verbrechen in einem Volk nicht überhandnehmen dürfe. Was ist denn nun eigentlich bei Ihnen höhere Gerechtigkeit? Es scheint sich auch hier zu zeigen, dass Sie (zu den Nat. Soz.) eine höhere Gerechtigkeit mit doppeltem Boden haben (Lärm b.d. Nat. Soz.). In Ihrer (zu den Nat. Soz.) Presse verlangen Sie drakonische Massnahmen dann, wenn politische Verbrechen gegen Ihre Leute begangen werden. So haben Sie jetzt wieder im "Angriff" geschrieben, das Deutsche Volk würde es nicht verstehen, wenn ein Verbrecher wie der kommunistische Redakteur Wollenberg freigelassen würde. Das Deutsche Volk kann das nicht verstehen, aber Sie (zu den Nat. Soz.) wollen ihn durch das Amnestiegesetz freilassen (Sturm. minutenlang dauernde Lärmszenen b.d. Nat. Soz. und Rufe! Sie verstehen nichts vom Deutschen Volk! Abtreten! - Es gelingt dem Vizepräsidenten Wittmaack kaum, dem Redner die Fortsetzung seiner Ausführungen zu ermöglichen). Als der Redner weiter ausführt, bei dem Amnestiegesetz wolle jeder von den beiden Befürwortern der Freilassung von 40 000 politischen Verbrechen, nämlich sowohl Nationalsozialisten wie Kommunisten, den anderen Teil betrügen, erhebt sich aufs Neue langanhaltender Lärm b.d. Nat. Soz., bis der Fraktionsführer Abg. Kube (Nat. Soz.) die Fraktion durch eine Handbewegung zur Ruhe auffordert. - In Wirklichkeit, so fährt der Redner fort, wollten die Nationalsozialisten nur ihre Verfahren eingestellt wissen. Die Kommunisten täten nur so, als ob die 40 000 vom Minister genannten politischen Verurteilten lediglich oder überwiegend Kommunisten seien. In der Tat trifft dies aber nicht zu. Vielmehr sollten jetzt viele Nationalsozialisten mit befreit wer-

deen, die teilweise bis zu zwölf Jahren Zuchthaus erhalten haben. (Rufe bei den Nat. Soz.: "In Ihrem sogen. Rechtsstaat!"). Wir glauben, dass kein Ordnungsstaat es unbestraft dulden darf, dass Mord, Raub, Schändung von Gotteshäusern und Friedhöfen begangen werden (Sehr wahr! b. d. Soz.) Wir geben den Kommunisten zu, dass in manchen Fällen politische Vergehen auf der Rechten zu milde geahndet wurden (Lärm b. d. Nat. Soz.) Es ist aber unlogisch, deshalb auch noch die Verurteilten befreien zu wollen, die zu Recht im Gefängnis sitzen (Rufe b. d. Komm.: "Nieder mit der Klassenjustiz!") Dieser Amnestieentwurf verstößt gegen jedes Gerechtigkeitsgefühl. (Lärm b. d. Nat. Soz. und Rufe: Un-erhört!). Es ist kein Rechtsstandpunkt, wenn man, wie im vorliegenden Entwurf, eine formale Beleidigung und die Tötung eines Menschen auf die gleiche Stufe stellt (anhaltende Unruhe b. d. Nat. Soz. - Vizepräsident Wittmaack ersucht wiederholt um Ruhe und meint, dass insbesondere der Geschäftsführer der nationalsozialistischen Fraktion Abg. Hinkler sich ruhiger verhalten solle).

Der sogen. Amnestieausschuss setze allem die Krone auf. Dieser Ausschuss solle einfach richterliche Urteile aufheben können, das sei auch in Rechtsblättern, wie z. B. der "Kölnischen Zeitung", scharf gezeißelt worden. Der Redner zitiert Ausführungen, die Senatspräsident Baumbach vor vielen Jahren schon gegen die Amnestie gemacht habe. Baumbach habe ausgeführt, dass diese Amnestie die Richter tief durchdringen müsse von dem Gefühl der Sinnlosigkeit ihres Tuns. Die SPD. wisse aber, dass die Nationalsozialisten die Amnestie nicht machten, damit die amnestierten Taten abnähmen, sondern damit diese Taten zunähmen (Lärm b. d. Nat. Soz.) Sie (zu den Nat. Soz.) wollen ja Amnestie aus diesem Grunde sogar auf Vorschuss geben. Wir Sozialdemokraten würden gern die Hand zu einer Amnestie geben, die dem allgemeinen Frieden dient, Ihre (zu den Nat. Soz.) Amnestie aber soll nicht dem allgemeinen Frieden dienen, sondern der Legalisierung des Terrors (Händeklatschen b. d. Soz.; - anhaltender Lärm b. d. Nat. Soz.) Es gibt für uns keine Rechtfertigung für die Vernichtung des Lebens des Anderen (anhaltender Lärm b. d. Nat. Soz. u. Rufe: "Das hast Du selber aber nicht beachtet!"). Wenn in den nächsten Wochen abermals Dutzende unserer Mitbürger ermordet auf der Strasse liegen, kann niemand, der diese Amnestie mit beschlossen hat, beiseite treten und sagen: Ich bin unschuldig an diesem Blut! (anhaltender Lärm rechts). Im Ausschuss hätten die Nationalsozialisten den sozialdemokratischen Antrag abgelehnt, der auch in der Not begangene Delikte amnestieren wollte. Aus dem Munde des Nationalsozialisten Dr. Muhe habe er, der Redner, jetzt gehört, dass nunmehr die Nationalsozialisten diesen sozialdemokratischen Antrag abgeschrieben hätten (Lärm b. d. Nat. Soz.). Die Not ist Ihr (zu den Nat. Soz.) Agitationsmittel von vorgestern. Deshalb haben Sie kein Interesse mehr daran, heute noch Notdelikte zu amnestieren. Denn die von den Nationalsozialisten tolerierte Regierung Papen erhöht die Not der Bevölkerung (anhaltender Lärm b. d. Nat. Soz. - Rufe b. d. Soz.: Warum schafft Präsident Kerrl keine Ruhe?) Ich lehne es ab, so erklärt der Redner, mich von diesem Präsidenten schützen zu lassen. Das vorliegende Amnestiegesetz müsste man ein Schutzgesetz für den politischen Terror nennen. Wenn die Bevölkerung nicht mehr vor politischem Terror geschützt werden soll, ist sie berechtigt und verpflichtet, sich selbst zu schützen. In diesem Sinne werden wir handeln! Freiheit!

Der Redner verlässt mit diesem Gruss und erhobener Faust das Rednerpult unter Beifallsklatschen und entsprechender Antwort auf seinem Grusse durch die sozialdemokratische Fraktion.

Abg. Kremer (Ztr.): Der vorliegende Gesetzentwurf schafft eine bisher nicht erlebte Ausdehnung in Amnestiefragen. Meine politischen Freunde haben so starke Bedenken gegen ein solches Gesetz, dass sie ihm nicht zustimmen können. Dieses Gesetz steigert die Rechtsunsicherheit und stört die Staats-

autorität, zumal es Straffreiheit auf Vorschuss gewährt. Ja, man will sogar die Fälle amnestieren, in denen der Täter von vornherein beabsichtigt hat, einem anderen Menschen schwere Körperverletzungen zuzufügen, nämlich die Fälle des § 225 STGB (Hört!Hört! im Ztr. und links). Auch schwerer Raub soll mit amnestiert werden, obwohl man unter schwerem Raub versteht, dass ein Mensch bei der Beraubung gemartert wurde (stürm. Hört!Hört! links und im Ztr.). Solche Amnestieen können wir nicht verstehen. Die grössten Bedenken aber haben wir gegen die Aufnahme von Mord und Totschlag in die Amnestie. Was soll im kommenden Reichstags-Wahlkampf geschehen, wenn man Politiker, die in Preussen auftreten, einfach für vogelfrei erklären will? Der Redner unterstreicht die vom Justizminister aufgestellte These, dass der im Entwurf vorgesehene Amnestie-Ausschuss des Landtags verfassungswidrig sei. Werde dieser Entwurf zum Gesetz erhoben, so werde Preussen aufgehört haben, ein Rechtsstaat zu sein (Zustimmung im Ztr. und b.d. Soz.)

Abg. Steinfurth (Komm.) beschimpft wüst den sozialdemokratischen Abgeordneten Kuttner.

Nach 19 Uhr vertagt das Haus die Weiterberatung auf Donnerstag 11 Uhr; ausserdem Aussprache über die preussische Notverordnung.

Steine statt Brot.

SPD. Ueber dem Lande und in den Hütten der Millionen hungernder Arbeitsloser, darbender Kriegswitwen und Rentner liegt der Schrecken der neuen Notverordnung. Ihr Glanz und Gloria ist aber bis in den preussischen Landtag gedrungen. Einige Nazi-Abgeordnete und SA-Führer sind in der neuen Uniform erschienen, wie sie künftig, nach dem Willen der Papen-Hitler-Schleicher, die Strassen der Städte und Dörfer beleben soll. Wie Manequins stolzieren diese Uniformträger der Hitlerschen "Arbeiter"partei im Hause umher, und als sie in der Notverordnungsjacke den Sitzungssaal betreten, erschallt aus den Reihen der Sozialdemokraten der Zuruf: "Achtung, die Papen-Armee".

Der Inhalt dieser heutigen Landtagssitzung entspricht völlig diesem äusseren Bild. Da ist eine Landtagsmehrheit von Nazis und Kommunisten. Da sitzen die Mannen und Recken des Herrn Hitler als stärkste Fraktion. Jahrelang haben diese beiden Parteien agitiert, gewählt, geschimpft und den Wählern das Blaue vom Himmel versprochen, einer den anderen in Verheissungen überbietend. Jetzt haben sie die Mehrheit. Arme, betrogene Wähler! Die gesamte Tagung ist ausgefüllt mit Abstimmungen über nationalsozialistische und kommunistische Agitationsanträge. Aber wo bleibt das Volk, wo bleibt die Hilfe, wo bleibt das Brot? Steine, Steine, Steine: das ist alles, was sie in dieser Zeit der schweren Not und in der Not dieser schweren Zeit zu bieten haben.

Kunterbunt geht es bei diesen Anträgen und bei den Abstimmungen vor sich. Rechter Hand, linker Hand, alles ist vertauscht, und alles, was diese Landtagsmehrheit dem Volk zu geben hat, ist der Versuch sich gegenseitig blozustellen und zu entlarven. Und die Ehrlichkeit gebietet zu sagen, dass das diesen siamesischen Zwillingen ausgezeichnet gelungen ist. Das ist einmal der Antrag der Kommunisten auf Einstellung der Youngzahlungen. Die Nazis enthalten sich der Stimme und machen dadurch das Haus beschlussunfähig. Hätten sie mit der KPD zu den Anträgen ja gesagt, dann waren sie angenommen. Sie hätten zwar keine praktische Bedeutung gehabt, aber Rückfolgerungen auf die Haltung

der Nazifraktion im Reichstag. Was bleibt mithin von den aussenpolitischen Verheissungen und Versprechungen der Hitler-Papen-Armee? Betrug an den Wählern Verrat ihrer eignen im Lande gepredigten Lehren.

Zweitens: Die Kommunisten beantragen die Einstellung der Zahlungen an die Hohenzollern. Der Antrag ist unsinnig, denn die Hohenzollern sind abgefunden. Bei der damaligen Landtagsmehrheit war dieser Vergleich das billigste für das Volk, nachdem sich bei der von den Sozialdemokraten und Kommunisten beantragten Volksabstimmung über die Enteignung keine Mehrheit gefunden hatte. Laufende Zahlungen erhalten heute die Hohenzollern nicht. Die sozialdemokratische Fraktion ändert den kommunistischen Antrag dahin ab, dass der Rechtsausschuss des Landtages den jetzigen Reichtum der Hohenzollern an Gütern und Liegenschaften nachprüfen und ihnen abnehmen soll, was abgenommen werden kann. Die Kommunisten stimmen natürlich für ihren ursprünglichen Antrag, der wird abgelehnt, und abgelehnt wird, mit den Stimmen der KPD, der praktisch gangbare sozialdemokratische Weg des Rechtsausschusses. Die Partei des Herrn Hitler, die ja ihren Prinz Auwi im Landtag sitzen hat, stimmt natürlich ebenfalls gegen diesen Antrag. Eine Hand wäscht die andere, und wenn Wilhelm aus Doorn den Nazis Geld gibt, muss auch diese "Arbeiter"partei ihrem kaiserlichen Schutzpatron etwas bieten.

Drittens: kommunistischer Misstrauensantrag gegen die Reichsregierung der Barone! Die Kommunisten, die Sozialdemokraten, die Staatspartei und der linke Flügel des Zentrums stimmen dafür. Die Mehrheit des Hauses, unter Führung der Nazis, die sich jedoch schamhaft nur der Stimme enthalten, ist dagegen. Der Antrag ist abgelehnt. Draussen im Lande aber werden dieselben Nazi-Abgeordneten den Wählern erklären: Papen ist nicht unser Mann! Wers nicht glaubt zahlt einen Taler oder wird vom Rollkommando der SA aus dem Saale geprügelt!

Viertens: Nazi-Antrag: die sozialdemokratischen und staatsparteilichen Mitglieder der geschäftsführenden Preussenregierung vor dem Staatsgerichtshof zu bringen. Die Zentrumsminister sollen verschont bleiben, mit ihnen hoffen ja die Nazis immer noch in ein Koalitionsgeschäft zu kommen. Die Kommunisten stimmen mit den Regierungsparteien gegen den Antrag, er ist abgelehnt und die KPD "rettet Severing", wie die Nazis hohnlachend ausrufen. Sprechchor der Nazis: "Wer tut Severing nicht weh? - Die KPD." Sehr richtig! Die KPD hat die Politik des kleineren Übels gewählt. Severing ist ihnen, trotz allem Geschrei in den kommunistischen Versammlungen, immer noch lieber als Herr Kube oder Herr Strasser.

Agitation, Phrase, Anträge ohne jede praktische Bedeutung, das ist der Inhalt dieser Landtagssitzung, das ist die Arbeit dieser Landtagsmehrheit. Steine statt Brot! Armes betrogenes Volk!

Boch halt: der Clou kommt noch: der Amnestie-Antrag der Kommunisten und Nazis. Endlich praktische Arbeit. Nutzbringend für ihre aufgehetzten und in die Zuchthäuser getriebenen Anhänger. Wieviele Menschen und wieviele Familien es sind, die diese Bürgerkriegsparteien ins Unglück gestürzt haben und was ihre Entlassung für das Rechtsempfinden des Volkes und für die Staatsautorität bedeutet, das sagte Justizminister Schmidt in nackten Zahlen; von 84 preussischen Landgerichtsbezirken liegen die Angaben vor, ein Bezirk fehlt noch. Da sind verurteilt: 13 249 Personen und 25 700 Verfahren schweben noch. Zusammen 38 949 Kommunisten und Nationalsozialisten, die sich gemeiner Vergehen gegen die Gesetze schuldig gemacht haben. Darunter sind 525 Personen, angeklagt oder verurteilt wegen Mord oder Totschlag von zwei bis zwölf Jahren Zuchthaus. 15 Personen, die unter politischem Deckmantel schweren Raub begangen haben, 79 sind der schweren Körperverletzung schuldig. Alle diese Menschen freizulassen oder die gegen sie erhobenen Anklagen niederzuschlagen, das bedeutet geradezu der Anreiz zu neuen Verbrechen, ruft der Minister beschwörend den Antragstellern zu, die dafür lediglich ein Hohnlachen übrig

haben. Diese Zahlen aus den Anfängen des Bürgerkriegs erhalten aber erst ihr richtiges Gesicht, wenn die Zahl der Opfer dieser Verbrechen hinzukommt. Diese Opfer sind nicht genannt. Wenn aber auf jeden Verurteilten und Angeklagten nur zwei politische Opfer kommen, nur zwei politische Gegner, die von Nazis und Kommunisten geschlagen, misshandelt oder getötet worden sind, dann haben wir rund 75 000 Opfer dieser politischen Banden. Wer die Ereignisse im Lande kennt, der weiss aber, dass auf jeden Täter mindestens drei Opfer kommen, die in Versammlungen oder auf der Strasse leicht oder schwer verletzt worden sind. Kommen hinzu all jene Fälle, in denen überhaupt keine Anklage erhoben worden ist, und das ist die Mehrzahl der Fälle: dann wissen wir, was dieser permanente Bürgerkrieg in Deutschland bedeutet, und dann kennen wir die Gefühle jenes Teils der Bevölkerung, die darunter gelitten hat, leidet und nur mit Abscheu daran denkt, dass heute die Hetzer und Treiber zu diesen Verbrechen. Straffreiheit ihren verhetzten Verbrechern verschafft und für die Zukunft sichert. Das ist das Ergebnis der heutigen Landtagssitzung, und ohne ein Wort hinzuzufügen, bitten wir unsere Leser die von tiefstem sittlichen Ernst und von höchster Menschenliebe getragene und mutige Rede unsres Genossen Kuttner zu lesen, um die ganze Kluft zu erkennen, die uns und die deutsche Arbeiterbewegung trennt von dieser Hitlerpartei und ihren Horden; aber auch von jener kommunistischen Taktik, die sich zum Helfer und Beschützer von Femehelden und Femebanden aufwirft. Dieselben Kommunisten, deren eignen Anhänger zu Tausenden von diesen Hitlermannen blutig geschlagen, verkrüppelt und teilweise ermordet worden sind!
